

Die Debatte über den Fall Otto John in der politisch-kulturellen Auseinandersetzung in Deutschland

1. Der „Fall John“: Forschung, Quellen und offene Fragen
2. Die biographische Dimension: Der Widerstand gegen die NS-Diktatur als zentrale politische Erfahrung Otto Johns
3. Der beginnende Kalte Krieg und die Westbindungs- und Wiederbewaffnungsdebatte als konstituierendes Moment des „Falles John“
4. Die innenpolitische Auseinandersetzung um die Berufung Otto Johns zum Leiter des bundesdeutschen Verfassungsschutzes 1950
5. Der Übertritt in die DDR am 20. Juli 1954: Bewußte Tat oder Entführung?
6. Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit
7. Die Tätigkeit Johns in der DDR und die politische Diskussion in den östlichen Medien
8. Die politisch-kulturelle Diskussion des „Falles John“ im Westen
9. Rückkehr in die Bundesrepublik 1955 und Prozeß 1956
10. Die öffentlichen Bemühungen Otto Johns nach 1956 um Revision seines Verfahrens
11. Otto John – Ein Fazit

Literatur

Zusammenfassung

1. Der „Fall John“: Forschung, Quellen und offene Fragen

Am 20. Juli 1954, auf den Tag genau zehn Jahre nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler in dessen ostpreußischem Hauptquartier „Wolfsschanze“, reiste der seit 1950 als westdeutscher Verfassungsschutzpräsident tätige Otto John in Begleitung von Wolfgang Wohlgemuth, eines Arztes aus West-Berlin, über die Sektorengrenze nach Ost-Berlin ein. Dieser Grenzübertritt ist gut dokumentiert, unter anderem konnte der diensthabende Grenzer John und Wohl-

gemuth in dem Fahrzeug erkennen. Am 23. Juli, das Dokument selbst trägt das Datum vom 22. Juli, sendete der Rundfunk der DDR eine erste Erklärung Johns, die im Westen wie eine Bombe einschlug. John gab zu Protokoll, er sei freiwillig in der DDR, protestiere damit gegen Adenauer, dessen Politik auf die dauernde Spaltung Deutschlands hinauslaufe.¹ In einer wenige Wochen später am 11.8.1954 offiziell durchgeführten Pressekonferenz in Ost-Berlin hatte er dies dann explizit ausgeführt. Adenauers strikte Politik der Westbindung zerstöre jede Möglichkeit der Wiedervereinigung, zudem säßen in seiner Regierung Täter aus der Zeit des Dritten Reiches. „Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, in die DDR zu gehen und hier zu bleiben“, so John dort, „weil ich hier die besten Möglichkeiten sehe, für die Wiedervereinigung Deutschlands und gegen die Bedrohung durch einen neuen Krieg tätig zu sein. Selbst viele kluge und aufrichtige Menschen in Westdeutschland sehen die Gefahren, die uns bedrohen, nicht, weil sie durch die Propaganda der Bundesregierung verblendet sind. Wieviele Menschen haben sich in Deutschland nicht nach 1945 darauf berufen, daß sie vor 1933 die Gefahr des Nationalsozialismus nicht hätten erkennen können? Deshalb halte ich es für meine Pflicht, jetzt öffentlich und eindringlich das deutsche Volk vor den Gefahren zu warnen, die uns heute bedrohen. Wenn der erste Schuß gefallen ist, wird es zu spät sein. Als ich im Dezember 1950 mein Amt in der Bundesrepublik übernahm, hatte ich die Illusion, am Aufbau eines neuen Deutschland mitzuarbeiten, das – gereinigt vom Nationalsozialismus – allen Deutschen die Möglichkeit zur friedlichen Entfaltung ihres Lebens bieten würde. Statt dessen haben wir heute ein geteiltes Deutschland, das in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West zum Schauplatz eines neuen Krieges zu werden droht, der nicht nur unvorstellbare neue Leiden über uns bringen, sondern tatsächlich die Existenzgrundlage unseres Volkes als Nation zerstören würde. Der Kommunismus ist – ob man es mag oder nicht – eine Realität, die fast die Hälfte aller auf dieser Erde lebenden Menschen umfaßt. Die Vorstellung – oder auch der Wunschtraum –, ihn wieder 'ausrotten zu können', ist so töricht wie der Glaube Hitlers, der das Christentum ausrotten wollte. [...] Das wollen die Amerikaner aber nicht erkennen. Sie glauben, sie könnten früher oder später durch einen neuen Kreuzzug gegen den Osten den Kommunismus noch einmal aus der Welt auskehren oder wegfeigen, und sie bereiten den Krieg vor. In dieser Entwicklung ist die Bundesregierung durch die Verträge von Bonn und Paris zu einem Werkzeug der amerikanischen Politik in Europa geworden. Die Amerikaner brauchen zu ihrem Krieg gegen den Osten deutsche Soldaten. Dabei sind ihnen selbstverständlich vor allem jene willkommen, die aus der deutschen Katastrophe nicht gelernt haben, sondern seitdem nur auf die Stunde warten, in der sie für die Niederlage von 1945 Rache nehmen können. Deshalb sind in der Bun-

1 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS AP 11263/56, Bd. 16, Bl. 90.

desrepublik die wildesten Nazis und Militaristen wieder hoffähig gemacht worden.“²

Ausdrücklich hatte John dann jene Namen von Personen des öffentlichen Lebens Westdeutschlands genannt, die nach ihrer Karriere im Dritten Reich relativ bruchlos in eine neue Karriere in der Bundesrepublik gestartet waren, so zum Beispiel Theodor Oberländer, vor 1945 Teilnehmer am Hitler-Putsch 1923, während des Dritten Reiches Reichsführer des „Bundes Deutscher Osten“, 1953 Vertriebenenminister in der Regierung Adenauer. Andere wie Reinhard Gehlen, Chef der „Organisation Gehlen“, Vorgängerorganisation des Bundesnachrichtendienstes (BND), hätten begonnen, so John, SS- und SD-Führer einzustellen, „die über deutsche Widerstandskämpfer zu Gericht gesessen oder diese einfach umgebracht haben“.³ Dagegen werde „einem General von Gersdorff, der sich als Widerstandskämpfer bewährt hat, [...] die Aufnahme in das Amt Blank versagt [...] mit der Begründung, 'daß er ja zum 20. Juli gehöre“.

Was auf den ersten Blick wie eine eindeutige Geschichte eines Überläufers aussieht, wie sie im Kalten Krieg zwar nicht alltäglich war, aber dennoch häufiger passierte, erweist sich auf den zweiten Blick nach wie vor als höchst undurchsichtig. John erklärte, als er mit Hilfe eines Freundes, des dänischen Journalisten Henrik Bonde-Henriksen, am 12.12.1955, also gut anderthalb Jahre später, aus der DDR nach West-Berlin fliehen konnte, er sei unfreiwillig und betäubt in die DDR verschleppt worden und habe sich erst dort unter dem Druck der Ereignisse zur Kooperation entschlossen. Diese Version hat Otto John nicht nur in seinem Prozeß, der ihm 1956 in Westdeutschland vor dem Bundesgerichtshof gemacht wurde und zu einem Urteil von vier Jahren Haft wegen Landesverrates führte, beibehalten, sondern konsequent und mit Vehemenz bis zu seinem Tod im März 1997 vertreten. Die DDR bzw. die UdSSR dagegen blieben bei der Darstellung, John sei freiwillig gekommen. Otto John hat bis zu seinem Tod um die Wiederaufnahme seines Verfahrens gekämpft. Der letzte Antrag zur Wiederaufnahme wurde 1995 abgelehnt.

Der „Fall John“ war eine westdeutsche „Schlappe im Kalten Krieg“, wie sie Bundesinnenminister Gerhard Schröder 1954 nannte⁴ und die tiefste Krise der knapp fünfjährigen Bundesrepublik. John war nicht der einzige, der zu diesem Zeitpunkt in die DDR ging. Einige Wochen später wechselte der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Franz Schmidt-Wittmack aus Hamburg die Seiten.⁵

2 Pressekonferenzprotokoll abgedruckt in: Otto John, Ich wählte Deutschland, Ausschuß für Deutsche Einheit, o.O. o.J. [Ost-Berlin 1954], S. 3 – 28, hier: S. 7 f.

3 Ebd., S. 11. Folgendes Zitat ebd.

4 Erklärung der Bundesregierung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 17.9.1954, S. 1541.

5 Vgl. Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985², S. 309.

Seit 1954 ist der Fall immer wieder untersucht worden, zuletzt vor allem seit der Öffnung der Stasi-Archive 1989/90.⁶ Bis heute sind periodisch tatsächlich oder vorgeblich neue Erkenntnisse in die Öffentlichkeit gekommen, zum Teil auch bewußt lanciert.⁷ Abgesehen aber von der Fülle von Zeitungsartikeln aus den fünfziger Jahren und einigen als Sensation aufgemachten Berichten aus den siebziger, achtziger und neunziger Jahren existieren nur wenige monographische Arbeiten über Otto John. Von den vier existierenden Monographien entstanden allein drei Titel unmittelbar im Umfeld des Affäre. Die Titel von Rudolf Diels (1954), Gerald Gohier (1958) und Willi Frischauer (1958), die sich ausschließlich mit dem Fall John befassen, sind im Grunde genommen Teile der aktuellen zeitgenössischen Debatte, aber keine historischen Analysen.⁸ Dies gilt insbesondere für die Arbeit von Rudolf Diels, 1933 erster Leiter der Geheimen Staatspolizei, dann nacheinander Regierungspräsident von Köln und Hannover und schließlich nach dem Hitler-Attentat 1944 selbst in Gestapohaft, der in John vor allem den „Emigranten“ sah, der den Alliierten bei den Prozessen gegen Kriegsverbrecher Handlangerdienste geleistet habe. Die Arbeiten von Gohier und Frischauer, die sich positiver zur Person John äußern, entstanden nach dem Prozeß 1956. Noch etwas anders liegt der Fall bei der Untersuchung des westdeutschen Journalisten und Verlegers Hans Frederick, die fünfzehn Jahre nach dem Prozeß vorgelegt wurde.⁹ Frederick arbeitete bei der Fertigstellung des Buches im Auftrag des MfS, genauer für die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), die ihm auch Material dafür zur Verfügung stellte. Das Buch selbst ist in der Literatur ansonsten als eine der gängigen durch die Abteilung X inszenierten gezielten Aktionen östlicher Geheimdienste zur Desinformation charakterisiert worden.¹⁰ Es stellte vor allem die von John gegebene Erklärung zum Grenzübertritt, er sei entführt worden, in Frage und führte als Kronzeugen einen sowjetischen KGB-Offizier mit dem Namen Wladimir A. Karpow ein. Oberst Karpow, Klarname Wadim Kutschin, Deutsch-

6 Für die rasche und unkomplizierte Akteneinsicht in die Unterlagen des „Falles John“ in den MfS-Materialien danke ich den Mitarbeitern der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. Der gleiche Dank gilt den Mitarbeitern des Bundesarchivs (B-Arch.) in Berlin, die mir ebenso rasche Einsicht in die Unterlagen der anderen mit dem „Fall John“ involvierten Institutionen gewährten. (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO, B-Arch.)).

7 So meldete „Die Welt“ am 3.1.1985, daß neue Funde aus britischen Archiven jetzt die Affäre John „erhellen“ würden. Faktisch war das Neue aber lediglich eine Neuauflage der bereits in den Fünfzigern aufgetauchten These, daß John ein kommunistischer Agent gewesen sei, der von einem unbekanntem Sowjetagenten in britischen Diensten absichtlich in den westdeutschen Verfassungsschutz eingebaut wurde.

8 Rudolf Diels, *Der Fall Otto John, Hintergründe und Lehren*, Göttingen 1954; Gerald Gohier, *L'espion aux scrupules*, Paris 1958; Willi Frischauer, *The Man Who Came Back, The Story of Otto John*, London 1958.

9 Hans Frederick, *Das Ende einer Legende, Die abenteuerlichen Erlebnisse des Towarisch Alexander Busch, Eine Dokumentation über die politische Provokation, in deren Mittelpunkt nicht nur Otto John, sondern vor allem Staatssekretäre, Politiker, Geheimdienste und Journalisten stehen*, München 1971.

10 Vgl. Günther Bohnsack, Herbert Brehmer, *Auftrag Irreführung, Wie die Stasi Politik im Westen machte*, Hamburg 1992, S. 196 ff.

landexperte des KGB in Karlshorst¹¹, bestritt vor allem, daß John jemals von östlichen Geheimdiensten unter Druck gesetzt worden sei und schließlich aus der DDR habe fliehen müssen. Wadim Kutschin war einer der „Betreuer“ Johns während seines Aufenthalts in der DDR und der Sowjetunion gewesen. Auch John selbst erwähnt ihn in seinen Memoiren.¹² Es wird im weiteren ausführlich darauf einzugehen sein, ob die gerade auch in den neuesten Veröffentlichungen zu John wiederum ventilierte These, Fredericks Buch sei lediglich eine Desinformation gewesen¹³, so zutrifft. Es spricht viel dafür, daß die durch Kutschin vermittelten Erkenntnisse zum freiwilligen Übertritt John durchaus der Wahrheit entsprachen.

Seriöser in der Entstehung, aber im Kontext anderer Themen, insbesondere des Geheimdienstkrieges, behandeln den Fall John zum Beispiel die Untersuchungen von Boveri, Zolling/Höhne, Hagen, Brochhagen und neuerdings Bailey/Kondraschow/Murphy, um nur einige der wichtigsten zu nennen.¹⁴ Ungezählt bleiben hier die vielen Darstellungen, die nur kurz den Fall erwähnen und keinerlei neue Erkenntnisse vermitteln.¹⁵ Darüber hinaus hat Otto John selbst seine Version mehrfach öffentlich dargestellt, vor allem 1969 in „Zweimal kam ich heim“, 1993 in dem Film des Hessischen Rundfunks „Ich will nicht als Verräter sterben – Der Fall Otto John“ von Christoph Maria Fröhder sowie 1995 in dem Film von Erwin Leiser „Otto John – Eine deutsche Geschichte“, der durch die eindringliche Darstellung der Person Otto Johns äußerst aufschlußreich ist und m.E. den besten Einblick in die Psyche und Wertestruktur Otto Johns gibt, ohne die eine Bewertung seiner Verhaltensweisen kaum möglich ist. Hinzu kommen als Quellen, neben den Hunderten von Zeitungsartikeln aus westdeutscher Perspektive, vor allem die Sitzungsprotokolle des Bundestages sowie die Materialien des Gesamtdeutschen Instituts. Aus ostdeutscher Sicht sind die 24 Bände des Falles John, die die Staatssicherheit seit 1954 anlegte, besonders aussagekräftig. Die Unterlagen des SED-Politbüros, des Nationalrats der Nationalen Front, der SED-Abteilung „Agitation“, der Sitzungsprotokolle des Sekretariats der SED u.ä. sind dagegen bis auf die vorhandenen Zeitungsausschnitte eher enttäuschend. Besonders auffällig ist, daß, soweit sich dies an den Quellen überprüfen läßt, offensichtlich keine Diskus-

11 Vgl. George Bailey, Sergej A. Kondraschow, David E. Murphy, Die unsichtbare Front, Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 235.

12 Vgl. Otto John, Zweimal kam ich heim, Vom Verschwörer zum Schützer der Verfassung, Düsseldorf, Wien 1969, S. 290 ff.

13 So z. B. bei Bailey u. a., Die unsichtbare Front, S. 235.

14 Margret Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert, Für und gegen die Nation, Bd. 2, Das unsichtbare Geschehen, Hamburg 1956, S. 123 ff.; Hermann Zolling, Heinz Höhne, Pullach intern, General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 233 ff.; Louis Hagen, Der heimliche Krieg auf deutschem Boden, Düsseldorf 1969; Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg, Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994, S. 213 ff.; Bailey u. a., Die unsichtbare Front, S. 233 ff. (vgl. Anm. 9).

15 So geht zum Beispiel auch die Darstellung über die Arbeit des Unterhändlers der DDR in Fragen des Agentenaustausches und Häftlingsfreikaufs, Wolfgang Vogel, nur sehr sporadisch auf den Fall John ein; auch dies möglicherweise ein Hinweis auf die nach wie vor nicht mit allerletzter Sicherheit geklärten Affäre John. Vgl. Norbert F. Pötzl, Basar der Spione, Die geheimen Missionen des DDR-Unterhändlers Wolfgang Vogel, Hamburg 1997, S. 72 f.

sionen in den Politbüro-Sitzungen zum Fall John stattfanden bzw. diese keinen schriftlichen Niederschlag fanden. Sehr wahrscheinlich ist aber, daß direkte Absprachen dazu zwischen Honecker und Mielke stattfanden. Nachweisbar ist dies nach Aktenlage nicht. Verwendung fanden für die Expertise zudem Unterlagen des Auswärtigen Amtes in Bonn, die vor allem die ausländischen Presseartikel zum Fall John verfolgten.

Die Problematik des Falles John ist, wie vor allem die oben zitierte Aussage Johns auf der Ost-Berliner Pressekonferenz am 11.8.1954; deutlich macht, äußerst vielschichtig, was die Reduktion auf die Frage, ob er entführt worden ist oder freiwillig kam, eher verdeckt. Otto John ging in die DDR auf einem der Höhepunkte des Kalten Krieges. Das sowjetisch kontrollierte Ostdeutschland und das durch die Westmächte kontrollierte Westdeutschland hatten sich nicht erst seit der Gründung der beiden deutschen Staaten voneinander entfernt, doch die Separierung beider hatte seit dem Beginn des Korea-Krieges an Dynamik enorm zugenommen. Die von John immer wieder, so auch in der Pressekonferenz vom 11.8.1954 in den Mittelpunkt gerückte Entscheidung Adenauers zur Teilnahme an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), wie sie im Deutschlandvertrag 1952 von westdeutscher Seite festgelegt worden war, hatte die zweifellos schon seit 1947 immer mehr vertiefte Spaltung beider Teile Deutschlands verschärft. John war ein klarer Gegner der einseitigen Bindung Westdeutschlands und er traf sich hier mit anderen Gegnern Adenauerscher Westbindungspolitik, wie zum Beispiel Jakob Kaiser, Paul Sethe und anderen. 1952 hatte Adenauer konsequent auf dieser Linie fortfahrend auch die Deutschlandnoten Stalins ohne Prüfung abgelehnt.¹⁶ Die erste Note vom 12.3.1952 hatte vorgeschlagen, sofort in Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland einzutreten und die Wiedervereinigung Deutschlands ohne die Gebiete jenseits der Oder-Neiße zum Preis der Neutralisierung vorgesehen. Gesamtdeutsche Wahlen, so hatte eine zweite Note vom 9. April vorgeschlagen, sollten der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen. Weitere Noten im Mai und August des Jahres hatten vor allem auf die schnelle Umsetzung dieser Vorschläge gedrängt, waren aber aus Adenauers Sicht genauso wie die vorhergegangenen vor allem als ein Hindernis auf dem Weg zur westdeutschen Souveränität gesehen worden. 1952 war gleichzeitig aber auch das Jahr des US-Wahlkampfes zwischen Truman und seinem Republikanischen Herausforderer Eisenhower, in dem das offensive Rollback-Konzept der US-Außenpolitik, vertreten vor allem durch den designierten Außenminister einer Regierung Eisenhower, John Foster Dulles, ausführlich in der Öffent-

16 Zu den sogenannten Stalin-Noten und der Diskussion um die Ernsthaftigkeit der Vorschläge vgl. Rolf Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Quellen, Bonn 1986, Hans-Peter Schwarz, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart/Zürich 1982 sowie Christoph Kleßmann, Bernd Stöver, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band V, 2, Baden-Baden 1995, S. 1612 – 1635.

lichkeit diskutiert wurden. John hatte das Konzept der „Befreiungspolitik“ in der Pressekonferenz ausdrücklich erwähnt und gemutmaßt, die USA würden tatsächlich einen „Kreuzzug gegen den Osten“, einen Krieg zur Befreiung der kommunistisch beherrschten Staaten vorbereiten, um den „Kommunismus noch einmal aus der Welt aus[zu]kehren oder weg[zu]fegen“. ¹⁷ Die „einseitige Bindung Deutschlands an die 'Politik der Stärke' – wie sie von Dr. Adenauer betrieben wird“, so John, „führt unabwendbar zu einem Krieg auf deutschem Boden“. ¹⁸ Es sei ihm klargeworden, „daß uns Deutschen im Rahmen der amerikanischen Politik nur ein Schicksal bestimmt ist: deutsche Soldaten für den Kreuzzug gegen den Kommunismus in Europa zu stellen“. Daß die Situation in Osteuropa bzw. der DDR labil war, hatte der 17. Juni 1953 demonstriert, als überraschend für den Westen, aber auch für die Sowjetunion, ein Aufstand in der DDR begann, der nur durch sowjetisches Militär niedergeschlagen werden konnte. John war fest davon überzeugt, daß nicht nur eine Remilitarisierung, sondern auch eine Renazifizierung in der Bundesrepublik stattfand, die darauf hinauslief, die Fehler der Vergangenheit zu reproduzieren.

Daß Otto John diese einzelnen Aspekte so ausführlich und emotional ausführte, spricht dafür, daß sie für ihn eine hohe Bedeutung besaßen. Insofern ist es sinnvoll, für die Bewertung des „Falles John“ und die politisch-kulturelle Debatte im Anschluß an seinen Grenzübertritt systematisch die einzelnen Aspekte zu untersuchen, die John in seiner ersten Pressekonferenz ansprach und die später auch die Diskussion beherrschten. Dies betrifft zunächst die Westbindungs- und Wiederbewaffnungsdebatte als konstituierendes Moment des „Falles John“ mit seinen außenpolitischen Bezügen, insbesondere zur US-Politik. Zu untersuchen ist weiterhin die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik um die Berufung Johns als Chef des neugegründeten Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Da John zum weiteren Kreis der Verschwörer des 20. Juli gehörte, hat dies vor allem auch unter der Fragestellung zu geschehen, inwieweit in der Diskussion um seine Berufung bereits Fronten existierten, die in der Debatte nach seinem Grenzübertritt wieder auftauchten. Es wird auch zu klären sein, inwieweit der Übertritt in die DDR am 20. Juli 1954 – bezeichnenderweise am zehnten Jahrestag des Attentates auf Hitler – eine bewußte Tat war oder inwieweit andere Faktoren hier hineinspielten. Zumindest muß es eine Erklärung geben, warum John so vehement nach seiner Rückkehr bestritt, freiwillig gegangen zu sein. Daß östliche Geheimdienste, KGB und MfS, nach seinem Grenzübertritt eine gewichtige Rolle spielten, ist unbestritten, ebenso, daß seine Person und der „Fall John“ intensiv durch die DDR und die Sowjetunion instrumentalisiert wurden. Daß John dabei ebenso wie in der politisch-kulturellen Diskussion zum Spielball von Interessen wurde, die schließlich nur noch wenig mit dem Fall oder seiner Person zu tun hatten, ist offensichtlich, ebenso, daß die gesamte Debatte gleichzeitig die aktuellen Fronten der deutschlandpolitischen Debatte reproduzierte. Warum John

¹⁷ Pressekonferenz, 11.8.1954, in: John, Deutschland, S. 8 f.

¹⁸ Ebd., S. 11 f. Folgendes Zitat ebd., S. 12.

im Dezember 1955 dann wiederum in den Westen zurückging, ist ebenso zu klären wie die Umstände seines Prozesses 1956. Insbesondere ist zu untersuchen, in welcher Form hier tatsächlich ein „Geheimnisverrat“ stattfand. Die öffentlichen Bemühungen Otto Johns nach seiner Entlassung 1958 um Revision seines Verfahrens bis zu seinem Tod 39 Jahre später machen allerdings deutlich, wie fest Otto John von seiner Unschuld überzeugt war und wie stark er sich als Opfer des Kalten Krieges und seiner Feinde fühlte. Gerade dies ist nicht verständlich ohne einen Blick auf die biographische Dimension des Falles, Otto Johns Verbundenheit mit dem Widerstand gegen Hitler.

2. Die biographische Dimension: Der Widerstand gegen die NS-Diktatur als zentrale politische Erfahrung Otto Johns

Otto John, geboren 1909 in Marburg an der Lahn, mit einer Arbeit über den „Rechtsbehelf zur Wahrung der Rechte Dritter im Vollstreckungsverfahren“ 1934 promovierter Jurist, war 1936 nach einem Referendariat als Gerichts-assessor im Bereich des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main zunächst als Flugleitungsassistent, dann ab 1937 als Syndikus in den Dienst der Lufthansa getreten, eine Position, die er bis 1944 behielt. John hatte bereits vor dem Krieg Kontakt zum Widerstand gegen Hitler im Amt Ausland/Abwehr bekommen.¹⁹ Seit Februar 1944 hatte er vor allem mit Georg Hansen, Oberst i.G., dem Nachfolger von Canaris, zusammengearbeitet. John bearbeitete als Angestellter der Lufthansa gleichzeitig nachrichtendienstliche Aufgaben, die im Interesse der Verschwörer lagen. Sein Bruder, Hans John, wurde nach dem Scheitern des Attentats hingerichtet. Otto Johns Aufgabe für die Verschwörer lag vor allem in der Herstellung einer Verbindung zu den USA, zu deren Botschaft in Madrid er Kontakt hatte. Diese Versuche verliefen 1942 und 1943 ergebnislos. Im November 1943 war er noch einmal mit der Herstellung eines direkten Kontaktes zum Hauptquartier von Eisenhower beschäftigt. Im Januar 1944 konnte Otto John dann das erste Mal direkt mit Stauffenberg sprechen, der ihm den Auftrag erteilte, weiterhin Kontakt zu Eisenhower zu halten und darüber hinaus Fühlung zu Montgomery aufzunehmen. Im Februar und wieder im April 1944 befand sich John für diese Arbeiten in Madrid. Anfang 1944 meldete er die Entscheidung der Alliierten, daß die Invasion nicht in Italien, sondern an der westlichen oder nördlichen Flanke Europas stattfinden werde und konnte dabei im März auch den ungefähren Termin dafür übermitteln. Parallel dazu stand er im Kontakt zum britischen Botschafter in Portugal, Sir Ronald H. Campbell. Im Juni 1944 konnte John dann sogar an einer Besprechung mit Leber und Stauffenberg teilnehmen, in der über die Möglichkeiten eines Verhandlungsfriedens nach einem gelungenen Attentat auf Hitler gesprochen wurde. Johns Auftrag blieb die Aufrechterhaltung von Kontakten, für

¹⁹ Die weiteren Ausführungen folgen der Darstellung bei Peter Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat, Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München, Zürich 1985⁴, S. 310 ff.

die er knapp einen Monat vor dem Attentat, am 19. Juni 1944, wiederum nach Madrid flog. Am Tag vor dem Attentat befand er sich wieder in Berlin, von wo aus er sich am 24. Juli endgültig nach Madrid absetzte, um der Verhaftung zu entgehen. Von dort aus wurde er nach England gebracht, wo er beim „Soldatensender Calais“, einem der erfolgreichsten britischen Diversionssender während des Krieges, unter der Leitung von Sefton Delmer arbeitete. Bis 1950 lebte John in London als Rechtsanwalt.

Wie stark Otto John die Erfahrung des Widerstandes gegen Hitler prägte, wie massiv sie sein Leben nach 1945 beeinflussten, ist vor allem aus seinen schriftlichen Berichten, seinem Buch „Falsch und zu spät“²⁰ sowie aus den Interviews ablesbar, die er in den neunziger Jahren gab.

Soweit sich das an den Quellen überprüfen läßt, war John aus tiefster moralischer Überzeugung im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, und diese Haltung hat ihn sein ganzes Leben lang begleitet. Diese Erfahrung bietet deshalb mit großer Sicherheit einen der zentralen Schlüssel zum „Fall John“. Unter Tränen hatte John am 20.7.1954, dem Tag seines Übertritts in die DDR, an der Gedenkveranstaltung zu Ehren des Widerstands vom 20. Juli teilgenommen, wie eine ganze Reihe von Zeitungen übereinstimmend berichteten. Auch während seines Aufenthalts in der DDR blieb er dieser Überzeugung kompromißlos treu. „Johns fanatischer Haß gegen alle, die mit Hitler zusammengearbeitet haben, läßt ihn auch in der Sowjetzone unliebsam auffallen“, berichtete zum Beispiel im Februar 1955 der „Donau-Kurier“. Aus Johns Briefen in den Westen ginge hervor, „daß John sich weigerte, an einem politischen Empfang teilzunehmen, auf dem der ehemalige SS-Führer Nehring sprechen sollte. Als ihm Nehring eine persönliche Einladung sandte, ließ John sie ungeöffnet zurückgehen. John soll auch scharf gegen die Freilassung von Schörner protestiert und sogar versucht haben, in dieser Sache bei Grotewohl vorstellig zu werden. Damit wollte er eine Verurteilung des Generals vor einem deutschen Gericht erwirken. John mußte einen scharfen Rüffel einstecken, als er mit dem ehemaligen Wehrmachtsgeneral und heutigem Vopo-Kommandeur Vincenz Müller zusammenkam. John hatte den in voller Uniform erschienenen Gewaltigen der Volkspolizei völlig ignoriert und nicht im Traum daran gedacht, ihm die Hand zu geben.“²¹

Sehr viel später, in dem Fernsehinterview, das Erwin Leiser 1995 mit Otto John führte, gibt es eine Szene, in der John sich noch fünfzig Jahre, nachdem ihm zum ersten Mal der von britischen Truppen aufgenommene Film über die Öffnung des Lagers Bergen-Belsen 1945 gezeigt worden war, tief bewegt über die Verbrechen des NS-Regimes äußerte. Dabei erstreckte sich der Haß Johns nicht nur auf das Nationalsozialismus, sondern allgemein auf das Militärische. Ein Auskunftsbericht des MfS meldete 1955, daß John während einer Gedenkveranstaltung zum 8. Mai zum Beispiel auch Arthur Pieck, zu diesem Zeit-

20 Otto John, „Falsch und zu spät“, Der 20. Juli 1944, Epilog, Frankfurt a. M., Berlin 1989.

21 Donau-Kurier, 2.2.1955; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

punkt Direktor der Lufthansa-Ost (ab 1958: Interflug), „angepöbelt“ hatte, „weil dieser seine Ehrenzeichen trug“.²²

Nach dem Krieg hatte John im alliierten Entnazifizierungsapparat gearbeitet. Im Auftrag des britischen „Control Office for Germany and Austria“ überprüfte er Kriegsgefangene und vergab Belastungskategorien. In dieser Funktion war er auch als Gutachter und Zeuge im aufsehenerregenden britischen Prozeß gegen den hochdekorierten Feldmarschall Erich von Manstein von August bis Dezember 1949 tätig. Am 20. Juli 1944 war Manstein nicht aktiv beteiligt gewesen; auf die Anfrage Feldmarschalls von Kluge, ob er sich nach einem gelungenen Staatsstreich als Chef des Generalstabes der Wehrmacht zur Verfügung stellen würde, hatte er – ganz in seinem Verständnis der unpolitischen Rolle eines Soldaten geantwortet: „Der Feldmarschall von Manstein wird stets der legalen Staatsführung loyal zur Verfügung stehen.“²³ Dieser „unpolitische“ Manstein war unmittelbar nach dem Krieg nicht nur unter Deutschen, sondern auch bei den Alliierten als fähiger Soldat anerkannt. Es ging ihm der Ruf voraus, „sauber“ geblieben zu sein, und auf seine Zeugenaussage war es nicht zuletzt zurückzuführen, daß in Nürnberg der deutsche Generalstab nicht als „verbrecherische Organisation“ verurteilt worden war. Churchill selbst hatte heftige Kritik an der Entscheidung geäußert, Manstein anzuklagen, und dies den „Beweis einer [...] schmutzigen aufgewärmten Rache“ genannt, der ausgerechnet in dem Moment erfolge, „in dem Verstand und Herz Deutschlands wieder einmal schwanken, ob es den richtigen oder falschen Weg gehen soll“.²⁴ Churchill hatte sich kurz danach einer Spendenaktion für die Verteidigung des Generalfeldmarschalls angeschlossen.

Gegen dieses militärische „Denkmal Manstein“²⁵ sagte Otto John 1949 vor einem britischen Militärgericht in Hamburg aus.²⁶ Im Verfahren ging es um ein ganzes Bündel von insgesamt 17 Vorwürfen.²⁷ Entscheidend war dabei die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit Mansteins, vor allem, was sein Wissen in bezug auf die Morde an Juden während des Rußlandfeldzuges anging. Manstein selbst behauptete, davon erst nach dem Krieg erfahren zu haben. Zu Johns Materialien als Zeuge im Manstein-Prozeß gehörte vor allem das Kriegstagebuch der 11. Armee, das er als juristischer Treuhänder des Nürnberger Tribunals aufbewahrte.²⁸ Im Kriegstagebuch waren mehrere Zeilen über-

22 Auskunftsbericht Nr. 1, 3.11.1955; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 4, Bl. 6.

23 Rudolf-Christoph Freiherr v. Gersdorff, Soldat im Untergang, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1977, zitiert nach Christian Schneider, Denkmal Manstein, Psychogramm eines Befehlshabers, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1997⁹, S. 402-417, hier: S. 406.

24 Churchill am 10.10.1948; zitiert nach Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 28.

25 So der treffende Titel des Aufsatzes von Schneider (vgl. Anm. 23).

26 Vgl. John, Zweimal kam ich heim, S. 216 ff.

27 Vgl. Georg Meyer, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945 – 1950/1, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. I, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München, Wien 1981, S. 578-735, hier: S. 626.

28 Vgl. Zolling u. a., Pullach, S. 234.

klebt worden, die Manstein auf Aufforderung des britischen Anklägers Elwyn Jones vorlesen mußte und die unter anderem lauteten: „Der neue Oberbefehlshaber wünscht nicht, daß Offiziere bei der Erschießung von Juden zusehen. Das ist eines deutschen Offiziers nicht würdig.“²⁹ Nicht allein, aber doch zu einem wesentlichen Teil war Johns Aussage das Ende der Glaubwürdigkeit Mansteins vor Gericht gewesen. Vor allem das Kriegstagebuch, also Johns Beitrag zum Verfahren, brachte die Verurteilung Manstein zu zunächst 18 Jahren Haft, die auf Drängen des britischen Hohen Kommissars in Deutschland, Robertson, „aus politischen Gründen“ dann auf 12 Jahre herabgesetzt wurden. Von diesen zwölf büßte Manstein knapp drei Jahre ab; bereits im Mai 1953 wurde er „aus Gesundheitsgründen“ entlassen.

Wie massiv John durch seine Aussage in die Kritik geriet, zeigte sich spätestens nach seinem Übertritt in die DDR. „Als Denunziant“, so die rechtsgerichtete „Deutsche Illustrierte“ am 7.8.1954, „spielte John eine üble Rolle hinter den Kulissen der verschiedenen 'Kriegsverbrecherprozesse' so auch in den Verfahren gegen Generalfeldmarschall Erich von Manstein [...] Der in Nürnberg inhaftierte General Lahousen [...] bekam seinerseits zwei Schreiben aus England. In einem Brief teilte ihm der britische Anwalt Pagel mit, er habe von einer Reihe von Persönlichkeiten, unter anderem auch von Churchill, Geld und den Auftrag erhalten, die Verteidigung Manstein vor einem britischen Gericht vorzubereiten. Er bitte daher den Häftling, ihm alle Unterlagen zu übergeben, die geeignet seien, Manstein zu helfen. Das zweite Schreiben hatte des Briefkopf des 'War Office' und war unterschrieben von Major Dr. Otto John: 'Sie müssen im Besitz von umfangreichem Beweismaterial sein, das geeignet ist, die Verurteilung von Manstein zu erreichen'.“³⁰ Die Zielrichtung dieser Mitteilung war eindeutig: Nicht einmal der ehemalige Kriegsgegner wollte die Verhaftung Mansteins, wohl aber der Emigrant Otto John. Ähnlich hatten sich bereits während des Manstein-Verfahrens andere Zeitungen geäußert.

Der Manstein-Prozeß zeigte, daß die ursprüngliche Entnazifizierungspolitik der Alliierten in eine echte Krise geraten war. Die politische Realität erforderte etwas ganz anderes: Die Suche nach Bundesgenossen gegen die angenommene Bedrohung der vitalen Interessen des Westens durch den Weltherrschaftsanspruch aus dem Osten. Man konnte nicht ihre Generale verurteilen und gleichzeitig darauf hoffen, daß die Deutschen sich als Soldaten den Westalliierten zu Verfügung stellen würden. Es gab eine breite Front ehemaliger Militärs – und zwar keineswegs nur der Offiziere –, die sich weigerten, überhaupt an solchen Diskussionen teilzunehmen, solange noch deutsche Soldaten wegen Kriegsverbrechen in Haft saßen.

29 Zitiert nach ebd. Weiterhin war ein Befehl Mansteins vom 20.11.1941 bekannt, in dem er von der „endgültigen Ausrottung des jüdisch-bolschewistischen Systems“ gesprochen hatte und die Soldaten zum Verständnis „für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des Bolschewismus“. (Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November – 1. Oktober 1946, Bd. 34, Nürnberg 1948, S. 129 ff.)

30 Deutsche Illustrierte, 7.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/ vorl. 1719, o. Pag.

Mit dieser Sinnkrise der Entnazifizierungspolitik gerieten zusehends auch jene Personen in die Kritik, denen wie John der Antifaschismus ein echtes politisches Anliegen war. Später, kurz nachdem Otto John spektakulär als Verfassungsschutzpräsident in die DDR übergewechselt war und unter anderem die allmähliche Wiedereinsetzung von Nationalsozialisten wie Oberländer, Globke und anderen in wichtige politischen Positionen der Bundesrepublik beklagte, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung, der man mit Sicherheit keine rechtsnationalen Tendenzen unterstellen konnte, John übertreibe sicherlich manches, was die Einsetzung von „Nazis“ in Führungspositionen der Bundesrepublik angehe, aber seine Einschätzungen lägen nicht schon allein deshalb außerhalb jeder Diskussion, weil sie von ihm kämen. Bei Bewerbungen für Behörden, Verbände und Firmen sei der Hinweis, daß man nicht Parteigenosse gewesen sei, daß man gar Widerstandsbewegungen angehört habe, keine Empfehlung mehr wie in den Jahren kurz nach dem Kriege sei, sondern vielfach das Gegenteil.³¹ Jakob Kaiser, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, hielt diese Analyse der Stimmung im Lande immerhin für so treffend, daß er den FAZ-Artikel im Auftrag des Ministeriums nachdrucken und verteilen ließ.³² Otto John selbst hat immer vermutet, daß ihn, den Zeugen gegen Manstein, der Zorn der Manstein-Verehrer, insbesondere Reinhard Gehlens getroffen habe.³³

3. Der beginnende Kalte Krieg und die Westbindungs- und Wiederbewaffnungsdebatte als konstituierendes Moment des „Falles John“

Soweit sich das rekonstruieren läßt, projektierten Beamte des britischen Foreign Office bereits Anfang 1948 die Einbeziehung West-Deutschlands und Spaniens in ein europäisches Verteidigungssystem.³⁴ Im März 1950 löste Churchill den eigentlichen Diskussionsschub durch seine Forderung nach der Einbindung der Westdeutschen in ein europäisches Verteidigungssystem aus. Die amerikanische Entscheidung für eine Bewaffnung Westdeutschlands fiel dann im Zusammenhang mit dem Beginn des Korea-Krieges ab Juli 1950. Bereits am 29. August hatte Adenauer in einem streng geheimen Memorandum gegenüber US-Hochkommissar McCloy die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesrepublik erklärt, „im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu lei-

31 Vgl. den Artikel von August Dresbach, „Die Übertreibungen des Herrn Dr. John“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.9.1954, wiedergegeben nach Erich Kosthorst, Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949 – 1947, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1985, S. 300.

32 Vgl. Kosthorst, Kaiser, S. 387.

33 Vgl. John, Zweimal kam ich heim, S. 169 ff. Auch: Zolling/Höhne, Pullach, S. 233; Hagen, Der heimliche Krieg, S. 74 ff.

34 Die folgende Darstellung folgt dem Beitrag von Norbert Wiggershaus, Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München, Wien 1982, S. 325-402.

sten“.³⁵ Im September billigte US-Präsident Truman den Vorschlag einer Arbeitsgruppe des amerikanischen Außenministeriums und des Pentagon zur unverzüglichen Formierung westdeutscher Verbände in angemessener Stärke sowie zur Vorbereitung der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO.³⁶ Auf der New Yorker Außenministerkonferenz hatte US-Außenminister Acheson dann um die notwendige Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs zur Aufstellung von zehn deutschen Divisionen nachgesucht. Die Besorgnis der Franzosen vor einer neuen deutschen Wehrmacht führte dann am 21. Oktober zum Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Pleven, die deutschen Verbände auf Bataillons- oder Regimentsebene in eine supranationale europäische Armee einzugliedern (Pleven-Plan). Damit stand faktisch der Beschluß zur Aufstellung deutscher Truppen fünf Jahre nach Kriegsende fest. Festgestellt wurde im September 1951, daß Westdeutschlands Souveränität nur in Verbindung mit einem Beitritt zur EVG stattfinden könne. Am 26.5.1952 wurde in Bonn der „Generalvertrag“ unterzeichnet, einen Tag später in Paris der EVG-Vertrag. Das Ende der EVG kam erst nach Johns Übertritt in die DDR, als die französische Nationalversammlung als einziges beteiligtes Parlament der Signatarstaaten am 10.8.1954 den Vertrag nicht ratifizierte.³⁷ Als Ersatz wurde eine „Westeuropäische Union“ (WEU) geschaffen. Am 23.10.1954 waren dann die „Pariser Verträge“ gegen die SPD und eine erhebliche außerparlamentarische Opposition unterzeichnet worden, womit die Einbindung Westdeutschlands in das westliche Bündnis abgeschlossen war.³⁸

Die strikte Westbindung der Bundesrepublik entsprach vor allem dem Willen Adenauers, war jedoch bei weitem nicht Konsens in der gesamten deutschen Politik.³⁹ Adenauers fester Wille war die Verhinderung eines neutralen Deutschlands, was er auch in seiner Regierungserklärung 1949 hervorgehoben hatte.⁴⁰ Dem Assimilationskurs im Westen, entsprach fast spiegelbildlich ein tiefes Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion und ihren Ambitionen gegenüber Europa. Mit ihr glaubte er nur über eine „Politik der Stärke“ ins Gespräch kommen zu können.⁴¹ Adenauers Westbindungsprimat mit politischer und militärischer Bindung war von Anfang an umstritten – Otto John stand mit seiner Kritik nicht allein. Den Höhepunkt erreichte die Diskussion in den Jahren zwischen 1952 und 1954, zwischen der Debatte um die EVG und der Unterzeichnung der Pariser Verträge. Zwei Gegenpositionen stachen am deutlichsten heraus. Zum einen die seines größten politischen Widersachers, des SPD-Vorsit-

35 Memorandum des Bundeskanzlers Konrad Adenauer über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen, 29.8.1950; in: Klaus von Schubert (Hrsg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 1945-1977, 2 Teile, Teil I, Bonn 1977, S. 79-83, hier: S. 83.

36 Vgl. Wiggershaus, Entscheidung, S. 358.

37 Zum Scheitern der EVG: Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, München 1967, S. 523 ff.

38 Vgl. Loth, Teilung, S. 320.

39 Dazu: Kleßmann u. a., Deutschlandpolitik, S. 1616 ff.

40 Die Regierungserklärung Adenauers ist abgedruckt in: Kurt Sontheimer, Die Adenauer-Ära, Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991, S. 189-195, hier: S. 194.

41 Vgl. Christoph Kleßmann Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991⁵, S. 231.

zenden Kurt Schumacher, zum anderen die des seit 1949 in der Regierung Adenauer amtierenden Ministers für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der 1950 auch Otto Johns Berufung zum Leiter des Verfassungsschutzes befüwortet hatte.

In der Literatur ist der Gegensatz zwischen Schumacher und Adenauer auf die Formel gebracht worden, Adenauer habe einen Weststaat mit „westeuropäischem Vorbehalt“, Schumacher einen mit „gesamtdeutschem Vorbehalt“, also unter Berücksichtigung der Außenpolitik auf die Chancen zur Wiedervereinigung, angestrebt.⁴² „Man solle in Deutschland“, so Schumacher, „soweit die politische Freiheit das erlaubt, stets eine Politik treiben, bei der man so tut und die Verhältnisse einrichtet, als ob unser Land als Ganzes zusammen wäre“.⁴³ Aus diesem Gegensatz sind die scharfen Auseinandersetzungen zumindest zum Teil zu erklären. Für Schumacher hatte die Wiedervereinigung eindeutigen Vorrang vor der militärischen Integration der Bundesrepublik in die EVG. „Wer diesem Generalvertrag zustimmt“, hatte Schumacher im Mai 1952 erklärt, „hört auf ein Deutscher zu sein“.⁴⁴ Seit Herbst 1952 hatte die SPD daher ein eigenes Konzept für ein „kollektives Sicherheitssystem“ angeboten.⁴⁵ Erst ein wiedervereinigtes Deutschland würde als Mitglied der Vereinten Nationen seinen Beitrag zu dem im Rahmen der UN bestehenden Weltsicherheitssystem leisten. Solange aber die staatliche Einheit nicht wiederhergestellt sei, könne die Bundesrepublik nur dann an gemeinsamen Anstrengungen der freien Welt zur Sicherung des Friedens teilnehmen, wenn sie gleichberechtigt sei, die anderen Teilnehmerstaaten Deutschlands Anspruch auf Wiederherstellung der staatlichen Einheit anerkennen und unterstützen und keine vertragliche Verpflichtung bestünde, daß eine spätere gesamtdeutsche Regierung an die Verträge gebunden sei, die jetzt abgeschlossen würden. Diese letzte Forderung richtete sich explizit gegen die sogenannte Bindungsklausel des Deutschlandvertrages (Art. 7, Abs. 3) vom 26.5.1952, in dem zugesichert wurde, daß auch ein wiedervereinigtes Deutschland automatisch an den Westen gebunden bleiben sollte.⁴⁶ Während dieser Passus tatsächlich nach dem heftigen Einspruch der Opposition aus dem Generalvertrag gestrichen wurde, konnte sich die SPD ansonsten mit ihrer Vorstellung, Wiedervereinigung vor Westintegration und Angebote für einen westdeutschen Wehrbeitrag, so gut wie gar nicht Gehör verschaffen.

Auch in der CDU selbst war die Aufrüstung umstritten. Gustav Heinemann, während des Dritten Reiches im Widerstandskreis der Bekennenden Kirche um Martin Niemöller tätig, nahm 1950 das geheime Angebot Adenauers im Me-

42 Vgl. Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 67, sowie Kleßmann, Staatsgründung, S. 229.

43 Kurt Schumacher, Reden und Schriften, Berlin 1962, S. 195.

44 Zitiert nach Kleßmann, Staatsgründung, S. 232.

45 Für das Folgende Handbuch Sozialdemokratischer Politik, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1953, S. 115, in: Kleßmann, Staatsgründung, S. 477 f.

46 Zur Bindungsklausel vgl. Ludolf Herbst, Option für den Westen, Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989, S. 116.

memorandum an die Westalliierten, von dem noch nicht einmal das Kabinett benachrichtigt worden war, zum Anlaß, als Bundesinnenminister zurückzutreten. Im Memorandum zum Rücktritt vom 13.10.1950⁴⁷ erklärte auch Heinemann neben seinem Befremden über das eigenmächtige Vorgehen Adenauers, daß es nicht die Sache der Deutschen sei, „eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten“, sondern daß es Sache der Alliierten sei, auf welchen Grundlagen diese Mitwirkung beruhen solle. Nachdem es eines der vornehmsten Kriegsziele der Alliierten gewesen sei, die Deutschen zu entwaffnen, das Militär verächtlich zu machen, sogar die Luftschutzbunker zu zerstören und das deutsche Volk antimilitaristisch umzuerziehen, habe man jetzt allen Anlaß, auf gegenteilige Forderungen so zurückhaltend wie nur möglich zu reagieren. Von Gleichberechtigung könne hier zunächst einmal gar nicht gesprochen werden und zudem würden Rüstungsausgaben eine massive ökonomische Belastung der gerade erst gegründeten Bundesrepublik bedeuten. Entscheidender noch sei die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde. „Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes Mißbehagen auslöst, was wird es in Rußland auslösen, das den furor teutonicus in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat.“ Man mache sich wohl auch nicht wirklich klar, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung einen Krieg von Deutschen gegen Deutsche bedeuten würde.

Aus der innerparteilichen Opposition der CDU stammte auch Jakob Kaiser. Kaiser kam aus der ehemaligen Zentrumspartei, gehörte zum Gewerkschaftsflügel des 20. Juli, von wo er auch Otto John kannte, hatte 1945 in der SBZ die Ost-CDU mitgegründet, deren Erster Vorsitzender er bis 1947 war. Aus dieser politischen Sozialisation ist zum Teil erklärbar, daß Kaiser eine strikte Westorientierung, wie sie Adenauer betrieb, für völlig unakzeptabel hielt. 1948/49 war er Mitglied im Parlamentarischen Rat gewesen. Die Kritik an Adenauers Politik äußerte er bereits als Minister für Gesamtdeutsche Fragen, was seinen Vorwürfen einen speziellen Hintergrund, keineswegs aber ein größeres Gewicht als jenen Heinemanns oder Schumachers gab. Er plädierte von Anfang an für eine verstärkte Ostpolitik, für den direkten Dialog mit der Sowjetunion, um jede Chance zur Verhandlung wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang hat Kaiser bereits 1951 für eine bewaffnete Neutralität optiert.⁴⁸ Ebenso widersetzte er sich dem Abschluß des Deutschlandvertrages, weil dieser zusammen mit dem EVG-Vertrag eine Wiedervereinigung erschweren würde.⁴⁹ Das Verhalten Adenauers gegenüber den Stalinnoten 1952 war für Kaiser ein besonders auffälliges Indiz für dessen mangelndes gesamtdeutsches Verantwortungsbewußtsein. Das Gesamtdeutsche Ministerium plädierte deshalb für eine Prüfung der Vorschläge, auch auf die Gefahr hin, daß es sich möglicherweise nur um ein politisches Störmanöver der UdSSR handele. Bereits zur Ableh-

47 Folgende Wiedergaben nach Denkschrift des Bundesministers des Innern a.D. Gustav Heinemann zur deutschen Sicherheit vom 13.10.1950, in: Schubert, Sicherheitspolitik I, S. 91-97; passim.

48 Vgl. Korsthorst, Jakob Kaiser, S. 207.

49 Vgl. ebd.

nung des Grotewohl-Vorschlags 1952, eine Viermächtekonferenz über die Deutsche Frage einzuberufen, die über die Neutralisierung Gesamtdeutschlands beraten sollte, war Kritik innerhalb der Union an Adenauer laut geworden. Der 1953 zum Bundesminister für besondere Aufgaben bestellte Robert Tillmanns, gleichzeitig Generalsekretär des Evangelischen Hilfswerks, und der spätere Bundesvertriebenenminister, Johann Baptist Gradl, hielten es zumindest für nützlich, Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, ohne sich gleichzeitig für einen deutsch-sowjetischen Ausgleich zu entscheiden. Sie bezweifelten vor allem, daß ein neutralisiertes Gesamtdeutschland Satellit der Sowjetunion werden müsse.⁵⁰ Ähnliche Kritik aus der Union erntete Adenauer zudem vom Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers, der wie Tillmanns und Gustav Heinemann aus dem protestantischen Flügel der CDU stammte. Ehlers plädierte für Verhandlungsbereitschaft gegenüber Moskau, zumal ein deutscher Verteidigungsbeitrag in der Bevölkerung wenige Jahre nach dem Krieg unpopulär sei. Als knapp ein Jahr später, im September 1951, vom DDR-Volkskammervorsitzenden Dieckmann der Vorschlag kam, Vertreter beider deutscher Staaten sollten über freie Wahlen beraten, war es der spätere Außenminister Heinrich von Brentano, der diesen Vorschlag anders als Adenauer für prüfenswert hielt.⁵¹

Neben der genannten, stand die EVG vor allem in der publizistischen Kritik. An ihrer Spitze rangierten der zwischen 1949 und 1955 als Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ tätige Paul Sethe und der „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein. Im Gegensatz zu Augstein, der über die Adenauer-Ära hinaus als Herausgeber verantwortlich blieb, war Sethe 1955 gezwungen, nicht zuletzt auf direkte Intervention der Regierung⁵², sein Amt aufzugeben. Der Nationalliberale Paul Sethe war neben dem bereits erwähnten Jakob Kaiser, dem FDP-Politiker Karl-Georg Pfeleiderer und einer Reihe anderer Publizisten wie Hans Zehrer, Wilhelm-Wolfgang Schütz oder Karl Silex exponierter Vertreter eines „Dritten Weges“⁵³. Kern ihrer Vorstellung war die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, der in einer Balancstellung zwischen beiden Blöcken agieren konnte. Paul Sethe galt den Verfechtern der Adenauerschen „Politik der Stärke“ durch seine Kommentare in der vor allem von bürgerlichen Schichten vielgelesenen „FAZ“ und durch seine sonstigen Schriften als „Schöpfer der 'Legende von den 1952 – 1954 verpaßten Gelegenheiten“.⁵⁴

Eines der Kernprobleme in der Diskussion um die Wiederbewaffnung war die Haltung der deutschen Soldaten gewesen, die sich, wie oben erwähnt, nicht überall, aber unübersehbar deutlich an der alliierten Politik gegenüber den in Kriegsverbrecherprozessen verurteilten deutschen Militärs orientierte. Ade-

50 Vgl. ebd., S. 185 f.

51 Vgl. ebd., S. 189.

52 Vgl. Paul Noack, Paul Sethe: Publizistische Opposition gegen Adenauer. In: Joseph Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 235-249; hier: S. 235.

53 Vgl. ebd., S. 236.

54 Noack, Sethe, S. 237, unter Hinweis auf Wilhelm G. Grewe.

nauer selbst wußte um die Notwendigkeit, sich der Loyalität der deutschen Soldaten zu versichern.⁵⁵ Am 5.4.1951 gab er im Bundestag eine öffentliche Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten ab.

Ein Teil deutscher Offiziere hatte sich bereits unmittelbar nach Kriegsende amerikanischen und britischen Truppen zur Verfügung gestellt.⁵⁶ Auf alliierte Anregung hatten sich bereits unmittelbar nach ihrer Gefangennahme verschiedene deutsche Generäle bereiterklärt, ihre Erfahrungen schriftlich niederzulegen. Andere hatten sich aus politischen Erwägungen völlig diesem Ansinnen widersetzt. Ex-Oberst Hans-Ulrich Rudel zum Beispiel, Kampfflieger und höchstdekoriertes Mitglied der Wehrmacht überhaupt, ab 1952 auch im Wahlkampf der sich als Nachfolgepartei der NSDAP verstehenden Sozialistischen Reichspartei (SRP), veröffentlichte 1951 in der Zeitschrift für Geopolitik einen Aufsatz unter der Überschrift „Mit uns?“, in dem er strikt jede Mitarbeit ablehnte, solange noch als Kriegsverbrecher Verurteilte in Haft säßen.⁵⁷ „Ohne uns – das ist unsere Antwort! Wenn man mit Deutschland über Wiederbewaffnung überhaupt diskutieren will, verlangen wir als Voraussetzung dafür, daß alle unsere Kameraden [...], die heute noch als sogenannte Kriegsverbrecher festgehalten werden, frei sind und daß das an ihnen begangene Unrecht wiedergutmacht wird.“

Andere Soldaten hatten sich früh dem „Amt Blank“ zur Verfügung gestellt, der Dienststelle zur Vorbereitung der Aufstellung eines deutschen Truppenkontingents unter Theodor Blank. Und hier stand man dann tatsächlich vor dem Problem, die spätere Einberufung von Belasteten zumindestens ins Auge zu fassen. „Ich denke schon mit Schrecken daran“, so Adenauer im April 1952, „wenn wir einmal eine europäische Wehrmacht haben, und wir müssen dann frühere Offiziere, auf die wir ja gar nicht Verzicht leisten können, einberufen“.⁵⁸ Bis zur offiziellen Gründung der Bundeswehr 1956 schließlich waren 508 SS-Angehörige eingestellt worden, davon 33 Offiziere.⁵⁹ Es war insgesamt ein kleiner Prozentsatz, und man achtete peinlich genau darauf, sich vor allem gegenüber der Öffentlichkeit nicht unnötige Blößen zu geben. Aber die Dienststelle Blank tat sich auch ansonsten schwer, vor allem auch was die Aufnahme von Offizieren aus dem Widerstand in die Dienststelle anging.⁶⁰

Während der Aufbau der Bundeswehr sich insgesamt als ein eher „vermiedener ‚Renazifizierungsskandal‘“ erwies, brauchte man in anderen Bereichen, wie zum Beispiel dem Auswärtigen Amt, nicht lange zu suchen.⁶¹ Etwa die Hälfte der Mitarbeiter waren nach alliierter Auffassung Nationalsozialisten, darunter sogar 43 ehemals aktive SS- und Gestapo-Angehörige. Angesichts dieser

55 Für das Folgende Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 198.

56 Vgl. Meyer, Situation, S. 674 ff.

57 Abgedruckt in: Schubert, Sicherheitspolitik II, S. 352-354. Zitate ebd., passim.

58 Zitiert nach Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 204.

59 Vgl. ebd., S. 209.

60 Vgl. Meyer, Situation, S. 664 ff.

61 Zum Folgenden Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 191 ff.

Kontinuität hatte der französische Hochkommissar und ehemalige Botschafter François-Poncet sogar vorgeschlagen, ob es nicht sinnvoller sei, das Personal aus den zehn Prozent NS-Opposition in Deutschland zu rekrutieren. Parallel dazu hatten rechtsextreme Parteien wie die SRP am Beginn der fünfziger Jahre eindeutige Erfolge zu verzeichnen. Auch die Aufdeckung von rechtsradikalen Geheimorganisationen, wie dem „Gauleiter-Kreis“ um Werner Naumann, dessen Angehörige am 15.1.1953 von den Briten verhaftet wurden, oder die Unterwanderung der nordrhein-westfälischen FDP unter ihrem Landesvorsitzenden Friedrich Middelhauve durch Nationalsozialisten machten dies deutlich.⁶²

Im Frühjahr 1954 erschien in der Londoner „Daily Press“ eine Artikelserie, in der die Wiederkehr der alten Eliten thematisiert wurde. Autor war Sefton Delmer, Johns Vorgesetzter aus der Zeit seiner Tätigkeit beim „Soldatensender Calais“, der für seine Berichte unter anderem John interviewt hatte.⁶³ „Jobs für die Jungs von der Gestapo“, so hatte Delmer in seinem ersten Artikel vom 22. März pauschal die Einstellungspraxis charakterisiert. Hochkommissar François-Poncet hielt es für eine „kleine Bombe“, die in der westlichen Welt einschlug, und er hielt die Vorwürfe für schlüssig. Anders die Briten, die die Artikel vor allem als Störung auf dem Weg zur EVG empfanden, die in Deutschland auch gerade das Gegenteil bewirken könne, nämlich das Anwachsen des Rechtsradikalismus. Gelassener reagierten die USA, die keinen Grund zur Beunruhigung sahen – allerdings auch bereits seit 1945 in erheblichem Umfang „Spezialisten“ aus dem Reichssicherheitshauptamt und ähnlichen Organisationen rekrutiert hatten.

Daß diese Rekrutierungspraxis weit verbreitet war, ist unbestritten. Selbst die Franzosen stellten trotz ihrer Einwände gegen die Verwendung von Tätern zahlreiche SS-Männer in die Fremdenlegion ein, die vor allem im Indochina-Krieg eingesetzt wurden. Ungewöhnlich ist, und dies wirft ein merkwürdiges Licht auf den Verfassungsschutz, daß auch das BfV in dieser Praxis eigentlich keine Ausnahme machte. So ist beispielsweise bekannt, daß einer der wichtigsten Funktionäre der SRP, Fritz Dorls, für einen Auftrag rekrutiert wurde.⁶⁴ Dorls, „alter Kämpfer“ der NSDAP und 1945 Lehrer für Geschichte an der „Reichsschule der Deutschen Arbeitsfront“ in Erwitte, hatte, nachdem 1952 die SRP verboten worden war, sich der Verhaftung durch Flucht ins Ausland entzogen. Wie sich später herausstellte, übernahm er zu dieser Zeit einen Überwachungsauftrag des BfV in Ägypten, der bis 1955 lief. Dorls konnte daher erst 1957 nach seiner Rückkehr ins Bundesgebiet juristisch wegen Rädelführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation zur Rechenschaft

62 Zum „Gauleiter-Kreis“ und Middelhauve: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik, Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 361 ff.

63 Vgl. für das Folgende Brochhagen, *Nach Hitler*, S. 213 ff.

64 Zum Fall Dorls vgl. Richard Stöss, *Parteienhandbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Opladen 1986, S. 2275, Anm. 4.

gezogen werden. Nach seinem Übertritt in die DDR gab John diese Information an den KGB bzw. das MfS weiter.⁶⁵

4. Die innenpolitische Auseinandersetzung um die Berufung Otto Johns zum Leiter des bundesdeutschen Verfassungsschutzes 1950

John war für das Amt des oberster Verfassungsschützers nicht direkt von Jakob Kaiser, wie vielfach in der Literatur angenommen⁶⁶, vorgeschlagen worden, aber Kaiser hatte Johns Bewerbungsunterlagen Anfang 1950 für die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes und für die Ruhrbehörde wohl weitergereicht.⁶⁷ In einem Interview, das am 28.8.1954 in „Der Tag“ abgedruckt wurde, sagte Kaiser auf die Frage, ob er John empfohlen habe: „Darauf kann ich klipp und klar antworten: Ende 1949 hat sich John, der damals als Rechtsanwalt in London tätig war, an mich mit der Bitte gewandt, ihm behilflich zu sein, in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes oder in der Ruhrbehörde eine berufliche Grundlage für seine Rückkehr in die Heimat zu finden. Da ich Dr. John aus den Jahren der Widerstandsbewegung kannte – und zwar als einen Mann, der durch Freundeskreis und Haltung als konservativ bezeichnet werden muß –, habe ich die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt.“⁶⁸ Kaiser betonte zudem, daß er „weder [...] selbst Herrn John für dieses Amt vorgeschlagen, noch [...] jemand anders dazu ermächtigt [habe], es unter Berufung auf mich zu tun“. Die Bewerbungsunterlagen Johns für das Amt des Verfassungsschutzpräsidenten hatte, soweit das im Nachhinein rekonstruierbar war, der Pressereferent des Gesamtdeutschen Ministeriums, Ludwig von Hammerstein, der John ebenfalls aus den Kreisen des Widerstandes vom 20. Juli 1944 kannte, mit einem persönlichen Begleitschreiben auf einem Briefbogen des Ministeriums an den zuständigen Staatssekretär Ritter von Lex übersandt.⁶⁹ Kaiser hatte so John nicht unterstützt, er hatte aber auch keine Einwände gegen seine Bewerbung.

Alles spricht dafür, daß nicht Kaiser oder Adenauer die letzte Entscheidung zur Berufung John traf, sondern die Briten. Es ist offen, wieviele Kandidaten vorher ins Rennen geschickt wurden, die Rede ist von acht oder von zwölf. Klar ist, daß London alle ablehnte, und John schließlich übrigblieb. John war allerdings wegen der Manstein-Sache unbeliebt, er kam aus dem Widerstand, und er war Emigrant. Mit der Aussage im Manstein-Prozeß hatte er sich erhebliche Feindschaften geschaffen, insbesondere wohl die Reinhard Gehlens.⁷⁰

65 Vgl. Auskunftsbericht über die Aussagen Johns „im Oktober 1954“; BStU, MfS AP 11263/56, Bl. 73.

66 So z. B. Zolling / Höhne, Pullach, S. 233.

67 Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 301.

68 Der Tag, 28.8.1954. Folgende Wiedergaben ebd.; SAPMO, B-Arch., Ordner.: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

69 Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 301.

70 Vgl. Zolling u. a., Pullach, S. 233.

Gehlen kannte Lex und Globke gut, wahrscheinlich wurde er über sie von der Bewerbung John informiert. Bekannt war zudem, daß auch Adenauer kein Freund der Bewerbung Johns war. Gehlens Strategie zur Verhinderung Johns bestand zum einen darin, daß er der CIA eine Liste übergab, auf der John als Sympathisant der prosovjetschen Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ auftauchte, eine eindeutig falsche Information. Gleichzeitig betonte Gehlen im Kanzleramt, John werde als Widerständler und Emigrant niemals das Vertrauen der für den Aufbau eines deutschen Truppenkontingents benötigten deutschen Soldaten erhalten. Etwas später übergab Mansteins ehemaliger Generalstabschef, General Busse, dem Bundesinnenministerium sogar einen „Protest der Generale“, in dem kritisiert wurde, daß John damals während der Entnazifizierungsverfahren deutsche Offiziere unter entwürdigenden Bedingungen vernommen habe.⁷¹ Entsprechendes kam von der „Deutschen Soldatenzeitung“.⁷²

Gehlen gelang es nicht, sich durchzusetzen und in seinen ohnehin sehr lückenhaften „Erinnerungen“ ist von diesen internen Diskussionen und Intrigen keine Rede, wie ohnehin von John dort kaum gesprochen wird.⁷³ Die Briten und Franzosen beharrten auf dem Widerstandskämpfer John als Gegengewicht zu Gehlen. Innenminister Lehr sprach vom Racheakt ehemaliger Generäle an John. Bereits am 5.12.1950 konnte John kommissarisch die Leitung des BfV in Köln übernehmen, ein Jahr später gab auch Adenauer, der ebenfalls kein Freund Johns war, seine Zustimmung.

Hinter den Intrigen um die Berufung John steckte eine tiefe Gegnerschaft gegen Widerstand und Emigration. Im September 1954, knapp zwei Monate nachdem John in den DDR gegangen war, hielt Kaiser, der ab Juli 1954 durch die Affäre politisch für einige Zeit völlig isoliert war, eine bemerkenswerte Rede, in der er feststellte, nach seiner Auffassung sei die ganze Affäre John nur ein Vorwand. „Ich habe den Eindruck“, so Kaiser in der Bundestagsdebatte zum Fall John vom 16.9.1954, „bestimmte Kreise suchen an Hand des düsteren Falles John zunächst einmal die ganze Widerstandsbewegung, die Männer und Frauen des 20. Juli, zu treffen. (Sehr wahr! bei der SPD.) Ich sage dazu: traurig genug, daß die Widerstandsbewegung gerade nach diesem 20. Juli 1954, der ihre Bedeutung für ganz Deutschland wie kaum zuvor sichtbar werden ließ, durch die düstere Affäre John für einen Augenblick in Mitleidenschaft gezogen wurde. Der verantwortungsbewußte, der freiheitliche Wille des deutschen Widerstandes ist gerade in unseren heutigen Tagen innen- und außenpolitisch zu bedeutsam, als daß wir ihn angreifen lassen dürften. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und bei der SPD).“⁷⁴

Von seiten der „Organisation Gehlen“ ging es aber auch noch um eine handfeste Auseinandersetzung um Einflußsphären in der Geheimdienstarbeit. Geh-

71 Vgl. ebd., S. 235.

72 Vgl. John, Zweimal kam ich heim, S. 228.

73 Vgl. Reinhard Gehlen, Der Dienst, Erinnerungen 1942-1971, Stuttgart 1971.

74 Protokoll des 2. Deutschen Bundestages, 42. Sitzung, 16.9.1954, S. 1993.

lens Organisation hatte sich bis 1950 in knapp fünf Jahren, in denen Gehlen unermüdlich versucht hatte, seinen Einflußbereich zu erweitern, das Recht zur inneren und äußeren Aufklärung erworben. 1950 begann das BfV sukzessive, ihn aus Abwehr und Inlandsaufklärung zu verdrängen. Es entstanden die Landesämter für Verfassungsschutz, die wiederum Außenstellen („Nachrichtenstellen“) aufbauten, zudem wurden in den Landeskriminalämtern Staatsschutzabteilungen eingerichtet. Johns Verfassungsschutz eroberte sich nach und nach auch Gebiete der Spionageabwehr.

Im Gegensatz zu Johns war Gehlens Stellung im Bundeskanzleramt unangefochten. Adenauers Antipathie gegen Otto John gipfelte 1952 in einem offiziellen Auftrag an Gehlen, John zu überwachen, insbesondere im Hinblick auf die Frage, inwieweit er Kontakt mit der DDR unterhalte. Die Aktion blieb ergebnislos.⁷⁵ Was Gehlen von John hielt, wurde am 21.7.1954 deutlich. Gefragt nach seiner Meinung zum Grenzübertritt des BfV-Präsidenten antwortete Gehlen: „Einmal Verräter, immer Verräter“.⁷⁶

5. Der Übertritt in die DDR am 20. Juli 1954: Bewusste Tat oder Entführung?

Das einzige, was für den Übertritt Johns am Abend des 20. Juli 1954 von West-Berlin nach Ost-Berlin zweifelsfrei belegt ist, ist die Tatsache, daß John in Begleitung des für den Fall zentral wichtigen Frauenarztes Wolfgang Wohlgemuth die Grenze überquert hat. Alles andere ist höchst widersprüchlich. John selbst hat im Prozeß 1956 und in seiner Memoiren 1969 immer wieder dargelegt, er sei narkotisiert worden, über die Grenze gebracht und erst am 22. oder 23. Juli aufgewacht, als er in Karlshorst beim sowjetischen Geheimdienst angekommen sei.⁷⁷ Was in den Tagen vor dem 20. Juli und an diesem Tag selbst passierte, ist aufgrund von Zeugenaussagen und dem Material des MfS zumindest zum großen Teil aufklärbar. John hatte sich nach Polizeiaussagen seit dem 15. Juli in Berlin aufgehalten. Dort hatte er sich mit Wohlgemuth am 17. im Beisein von Frau John getroffen. Am 20. hatte John dann an der Gedenkfeier zum 20. Juli 1944 teilgenommen, wo er nach Aussage einer ganzen Reihe von Zeugen tief bewegt der Zeremonie beigewohnt hatte. Die Polizei in West-Berlin gab später zu Protokoll, John habe sich seit Tagen im Zustand „schwerster seelischer Depressionen“ befunden.⁷⁸ Nach der offiziellen Feier hatte John sich entschlossen, zu Wohlgemuth zu fahren. John kannte Wohlgemuth seit 1942, als dieser Assistent bei Sauerbruch an der Berliner Charité war.⁷⁹ Sauerbruch hatte damals Johns Bruder Hans wegen eines Lungensteck-

⁷⁵ Vgl. Zolling u. a., Pullach, S. 236.

⁷⁶ Hagen, Krieg, S. 93; auch: John, Zweimal kam ich heim, S. 278.

⁷⁷ Vgl. John, Zweimal kam ich heim, S. 259.

⁷⁸ Nürnberger Nachrichten, 23.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

⁷⁹ Vgl. John, Zweimal kam ich heim, S. 260.

schusses, der aus dem Frankreichfeldzug 1940 stammte, untersucht. Wohlgemuth, politisch eher links orientiert, „Salonbolschewist“, wie er von John in seinen Memoiren bezeichnet wird, hatte sich damals auch für ein Attentat auf Hitler ausgesprochen.⁸⁰ Nachdem Wohlgemuth Anfang 1944 nach Prag gegangen war, hatte John ihn erst 1951 wiedergetroffen, als er ihn in seiner Berliner Arztpraxis aufsuchte, „um alle überlebenden Freunde und Bekannten“ wiederzutreffen.⁸¹ Nach John war Wohlgemuth bereits seit 1950 „Geheimagent des sowjetischen KGB“, eine Aussage, die vom KGB-Überläufer Peter Deriabin 1964 unter Eid bestätigt wurde.⁸² Mit Sicherheit hatte Wohlgemuth zu diesem Zeitpunkt Kontakte in die DDR.

Auf jeden Fall hielt sich John am Abend des 20. Juli mit Wohlgemuth in dessen Wohnung auf, eventuell, um von ihm ein Attest für Else Nehlsen, die Witwe des 1949 verstorbenen Dr. Walther Nelsen, den John aus dem Widerstand kannte, für Rentenzwecke zu erhalten.⁸³ Später ging durch alle West-Zeitungen das Gerücht, John sei wegen dieses Attestes mit Wohlgemuth in die Ost-Berliner Charité gefahren. Möglich ist aber auch, daß John sich zu einer Untersuchung bei Wohlgemuth aufhielt. Auf jeden Fall wurden von Unterredungen zwischen John und Wohlgemuth vom Arzt Tonbandaufnahmen angefertigt, die allerdings, wie sich später in der offiziellen Untersuchung nach dem Übertritt herausstellte, keinerlei Geheimnisse oder ähnliches enthielten.

Die Umstände des Grenzübertrittes selbst sind wiederum äußerst unklar. So stand die Aussage Johns, er sei betäubt in den Osten gefahren worden⁸⁴, im Gegensatz zu den Beobachtungen von Westberliner Zollbeamten, die am 26.7.1954 von verschiedenen Zeitungen veröffentlicht wurden.⁸⁵ „An keinem der beiden Männer“, so die Mitteilung, „konnte der Beamte Anzeichen entdecken, daß 'etwas nicht stimmte'. Auf den üblichen warnenden Hinweis des Beamten, daß sie bei Weiterfahrt in den Ostsektor kämen, antworteten sowohl John als auch Wohlgemuth: 'Ja, da wollen wir auch hin. Wir müssen zur Charité.'“ Die Glaubwürdigkeit der Beamten, so „Die Welt“, werde zusätzlich dadurch erhärtet, daß sich der Zollbeamte die drei Endziffern des Autos merkte. Wer am Steuer des Fahrzeugs gesessen hatte, war den Zollbeamten nicht mehr erinnerlich.⁸⁶ Der „Telegraf“ meldete jedoch am 25. Juli, die Zollbeamten hätten John selbst am Steuer des Fahrzeugs gesehen.⁸⁷

Wohlgemuth war kurz nach dem Grenzübertritt wieder in den Westsektor zurückgekehrt und hatte auf seinem Schreibtisch einen Brief an seine Assistentin hinterlassen, der kurz nach Johns Verschwinden von der Polizei veröffentlicht

80 Vgl. ebd.

81 Vgl. ebd., S. 262.

82 Ebd.

83 Vgl. John, *Zweimal kam ich heim*, S. 264.

84 Vgl. ebd., S. 272.

85 Folgende Wiedergaben nach: *Die Welt*, 26.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

86 Vgl. SBZ-Archiv, 5.8.1954, S. 225.

87 *Telegraf*, 25.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

wurde. In ihm heißt es: „Ein bestimmter Vorfall, der eventuell einen falschen Verdacht auf mich lenken könnte, veranlaßt mich, heute in die Charité zu gehen. Herr Rechtsanwalt Y. erhält hiermit die Vollmacht über mein Eigentum. Ich bitte um Bestandsaufnahme meiner Praxis und Wohnung. [...] Es handelt sich darum, daß Herr John nicht in den Westsektor zurückkehren will. Er hatte in der Charité anlässlich einer Besichtigung ein Gespräch mit Ostberliner Kollegen geführt. Nun könnte ich dadurch in den Verdacht geraten, ich hätte ihn beeinflusst.“⁸⁸

Was folgte, war eine erste offizielle Rundfunkmeldung der DDR am 22. Juli. Die holprige Sprache des ersten Entwurfs, der bereits am 21. Juli erstellt wurde [!], war vermutlich auch Ausdruck des raschen Entschlusses, ein „fait accompli“ zu schaffen. Die Erklärung lautete: „Der Präsident des Bundesverfassungsschutzamtes, Herr Dr. Otto John, hat am 20. Juli im Anschluß auf die Heuß-Rede anlässlich des 10. Jahrestages des 20. Juli 1944 mit verantwortlichen Persönlichkeiten der DDR eine Aussprache im demokratischen Sektor geführt. Herr Dr. John entschloß sich aus politischen Erwägungen den Behörden der DDR zur Verfügung zu stellen. Das Staatssekretariat für Staatssicherheit untersucht zur Zeit die näheren Beweggründe, die Herrn John veranlaßt haben, mit Vertretern der Staatsmacht der DDR Verbindung aufzunehmen. Dr. Otto John befand sich in Begleitung von Herrn Dr. Wolfgang Wohlgemuth wohnhaft Berlin-Charlottenburg.“⁸⁹

Von westdeutscher Seite hatte man sich zunächst auf die Erklärung „Verschleppung“ Johns festgelegt, war dann aber vor allem wegen des Briefes von Wohlgemuth dazu übergegangen, Johns Übertritt als freiwillige Aktion zu bezeichnen. Daß man an der These „Entführung“ selbst zweifelte, ist daraus zu ersehen, daß die monatlichen Bezüge Johns als Leiter des BfV bereits am 21.7.1954, also an dem dem Übertritt folgenden Tage, gestoppt wurden.⁹⁰

Die angloamerikanische Interpretation deckte sich auffallend genau mit der bundesdeutschen. Zunächst hatte das State Department in einer ersten Stellungnahme sich ebenfalls darauf festgelegt, John werde gegen seinen Willen in der DDR festgehalten⁹¹, war aber auch dann unter dem Druck der Indizien von dieser Version abgegangen. Hochkommissar Clay jedenfalls äußerte öffentlich, er glaube John nicht. John sei entweder ein Mann, der seine Gesinnung gewechselt habe, oder ein Doppelagent, der für zwei Regierungen gearbeitet ha-

88 Zitiert nach Nürnberger Nachrichten, 23.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag. Die Namen wurden bereits von der Polizei anonymisiert. Vgl. auch Urteil des 3. Strafsenats des BGH gegen John, 22.12.1956; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 13, Bl. 106-212; hier: Bl. 121.

89 BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 96.

90 Meldung Der Tag, 7.1.1956; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

91 State Department an US-Hochkommissar, 24.7.1954, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952-54, Bd. 7, S. 585 ff. Vgl. auch Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 419, Anm. 15.

be.⁹² Allein der französische Hochkommissar François-Poncet ging von Anfang an davon aus, daß John freiwillig gegangen sei.⁹³

Die Freiwilligkeits-These hatte sich dann aufgrund der unleugbaren Indizien auch relativ früh im Westen durchgesetzt. Dies wurde auch in einer der ersten systematischen Zusammenfassungen des „Falles John“ im „SBZ-Archiv“ vom 4. August 1954 betont: „Eine gewaltsame Entführung Johns kann angesichts dieses Sachverhalts nicht angenommen werden [...]“.⁹⁴ Nach einer vom Magazin „Focus“ 1996 veröffentlichten Aussage eines DDR-Volkspolizisten namens Harry Bergmann hat die Freiwilligkeits-These weiter an Gewicht gewonnen.⁹⁵ Dem Vopo hatte ein Mitarbeiter des MfS namens Max Wonsig, der allerdings 1983 bereits verstarb und insofern auch nicht noch einmal auf seine Glaubwürdigkeit überprüft werden kann, mitgeteilt, Otto John sei freiwillig in die DDR gekommen, um an vertraulichen Gesprächen teilzunehmen. Wonsig war seit 1946 sowjetischer Agent gewesen.⁹⁶ Die Aussage Wonsigs unterstützte auch Vitali Tschernjawski (Deckname: Tschernow), in den fünfziger Jahren Chef des KGB in Berlin-Karlshorst. Tschernjawski hat nach dieser Information auch angegeben, daß John bereits am Abend des 20. Juli 1954 hellwach in einer konspirativen Villa in Ost-Berlin auftauchte, in der allerdings nicht sowjetische Diplomaten warteten, wie John dachte, sondern Offiziere des KGB, die ihn als Spion anwerben wollten. Das Ansinnen, so Tschernjawski, habe John abgelehnt. Daraufhin seien ihm Ämter in einem wiedervereinigten Deutschland versprochen worden, wobei John auch hier keine Zusagen gemacht habe. Daraufhin sei er vom KGB mit Tabletten ruhiggestellt worden. John, so Tschernjawski, sei freiwillig gekommen, aber nicht freiwillig geblieben. Der Rückweg, so hatte der MfS-Mann Wonsig angegeben, sei damals John durch die im Rundfunk ausgestrahlte Meldung, daß der Verfassungsschutzpräsident sich freiwillig in die DDR begeben habe, bewußt abgeschnitten worden.

In diese These fügt sich auch die in der Einleitung bereits angesprochene Aussage des sowjetischen KGB-Offiziers Wadim Kutschin, alias Wladimir A. Karpow, die 1971 von Hans Frederick vorgelegt wurde.⁹⁷ Daß Frederick dabei im Auftrag des MfS arbeitete, hat allerdings damals wenig zur Glaubwürdigkeit der Thesen beigetragen. Karpow, Deutschlandexperte des KGB in Karlshorst, gab an, John sei freiwillig gekommen. Sehr zu bezweifeln ist aber die von ihm geleistete Aussage, John sei niemals von östlichen Geheimdiensten unter Druck gesetzt worden.

92 Vgl. Telegraf, 21.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag..

93 Vgl. Brochhagen, Nach Nürnberg, S. 419, Anm. 15.

94 SBZ-Archiv, 5.8.1954, S. 225.

95 Vgl. für das Folgende Focus, 30.12.1996, S. 34. Diese Version, die sich mit dem Inhalt der John-Akte im SWR-Archiv (Sluschba Wneschnei Raswedki: Auslandsnachrichtendienst der Russischen Föderation) in Moskau deckt, ist auch Grundlage der Darstellung bei Bailey u. a., Die unsichtbare Front, S. 236 ff.

96 Vgl. Bailey/u. a., Die unsichtbare Front, S. 241.

97 Frederick, Ende einer Legende.

Die von Wadim Kutschin wiedergegebene Version ist identisch mit der im Moskauer Archiv des KGB überlieferten.⁹⁸ Demnach hatte der KGB bereits seit längerem Interesse an John, und Ende 1953 war der Kontakt zu John über Wohlgemuth hergestellt worden. Max Wonsig, der MfS/KGB-Agent, konnte über seine Schwester, die als Krankenschwester bei Wohlgemuth gearbeitet hatte, ein Treffen mit dem West-Berliner Arzt organisieren, der „etwas für die sowjetische Sache tun“ wollte. Über Wohlgemuth erfuhr dann nach dieser Version das KGB bzw. die DDR-Staatssicherheit vom Einverständnis Johns. Nach Wonsigs Aussage hatte er sich mit Wohlgemuth am 21.1.1954 das erste Mal getroffen. Danach war ein Treffpunkt zwischen John und KGB festgelegt worden, wobei der sowjetische Geheimdienst dem BfV-Präsidenten versprach, mit einer „wichtigen politischen Persönlichkeit“ zusammentreffen zu können, um mit ihr über „die Frage fortschrittlicher Gruppe in Westdeutschland, die fähig sind, in einem vereinigten Deutschland tätig zu werden“ zu sprechen. Für das KGB überraschend, hatte John zugesagt und das Thema „gemeinsame Maßnahmen gegen die Nazis in Westdeutschland“ vorgeschlagen. Als Termin hatte man sich auf den 20.7.1954 geeinigt, da John dann ohnehin in Berlin sein würde. Ein geheimes Treffen in Ost-Berlin, so die Kalkulation, würde weitaus weniger öffentliche Aufmerksamkeit auslösen als eine eigens angesetzte Reise des BfV-Präsidenten in die Stadt. „Wir wollten ihn [...] überreden“, so der KGB, „nicht nach Westdeutschland zurückzukehren, sondern offen mit Adenauer zu brechen und eine entsprechende politische Erklärung abzugeben.“

Zur These der Freiwilligkeit, nach der John ohne Druck in die DDR gekommen sei, paßt auch die Aussage des Journalisten Carl Wittig aus Frankfurt am Main, den John in Weimar nach seinem Übertritt im Hotel „Elephant“ wohl eher zufällig traf. Wittig sagte später im Prozeß 1956 gegen John als Belastungszeuge aus und gab an, John habe ihm damals bestätigt, daß er freiwillig übergelaufen sei.⁹⁹ John hat diese Aussage in seinem Prozeß nicht bestritten, aber hinzugefügt, er habe dies Wittig nur aus Tarnungsgründen erzählt, weil er von Beginn an seine Flucht geplant habe.¹⁰⁰

Ein weiteres Indiz für die Freiwilligkeits-These ist bisher, soweit ich sehen kann, völlig unberücksichtigt geblieben. Otto John, der fünfzig Jahre nicht müde wurde zu betonen, er sei in die DDR verschleppt worden, hat selbst in einem Brief an Fritz Heine, Weihnachten 1954, wie selbstverständlich einen deutlichen Hinweis darauf gegeben, daß er doch ohne Zwang gekommen sei. „Als ich am 20. Juli in den Ostsektor ging“, heißt es dort ganz unbekümmert, „war entscheidend für mich dabei die Erinnerung an meine letzte Aussprache

98 Folgende Wiedergaben nach Bailey u. a., *Die unsichtbare Front*, S. 242 ff. Zitate: S. 242 f.

99 Vgl. *Tagesspiegel*, 9.6.1971; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag. und John, *Zweimal kam ich heim*, S. 345 f.

100 Wittig wurde in den sechziger Jahren selbst wegen Spionage für den Westen in der DDR verurteilt und 1969 von der Bundesrepublik freigekauft. John hat kurz danach einen Meineidsprozeß gegen Wittig angestrengt, in dem es darum ging, daß Wittig abgestritten hatte, für den Verfassungsschutz und für ausländische Geheimdienste als Agent gearbeitet zu haben. Vgl. *Der Tagesspiegel*, 9.6.1971; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag..

mit Julius Leber vor dem 20. Juli 1944“.¹⁰¹ Wenn man die starke emotionale Bindung Johns an den Widerstand des 20. Juli berücksichtigt, scheint es eher unwahrscheinlich, daß John hier die Unwahrheit sagte.

Das MfS hat über seine Tätigkeit in der Affäre John ausführliche Berichte hinterlassen, die sich auf insgesamt 24 Bände summieren. Von anderer offizieller Seite im Osten ist dagegen, wie bereits erwähnt, auffällig wenig überliefert. Das Politbüro hat keinen Hinweis darauf in seinen Protokollen hinterlassen. Im Ministerium des Innern scheint aber darüber ausführlicher gesprochen worden zu sein. Nach einem Bericht des „Informationsbüros West“ (IWE), einer in West-Berlin ansässigen halboffiziellen nachrichtendienstlichen Organisation, hatte Innenminister Willi Stoph bereits im Juli 1954 entweder vor Mitarbeitern des MfS, möglicherweise auch im Politbüro über den Fall berichtet. Stoph habe dabei gesagt, so der Bericht, „daß John 'auf Aufforderung' in die Sowjetzone gekommen sei. Seine bevorstehende Entlassung als Präsident des Verfassungsschutzes habe sein Verbleiben in der Bundesrepublik zwecklos erscheinen lassen, da eine Tätigkeit Johns in der westdeutschen 'Friedensbewegung' nicht in Frage gekommen sei.“¹⁰² Sein Übertritt in die Sowjetzone biete dagegen „Möglichkeiten einer großen Agitation“.

6. Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit

Die vom KGB und MfS gegebene Version zum freiwilligen Übertritt des BfV-Chefs deckt sich mit einer Reihe von Aussagen und Indizien. Vieles von diesem fügt sich aber auch in die Version, die Otto John selbst 1969 in seinen Memoiren präsentierte. Die Szenen, die John in Karlshorst beschreibt, wie sie sich 24 oder 48 Stunden nach seinem Erwachen aus der Betäubung ereignet haben sollen, könnten genauso gut in der von Wonsig und Tschernjawski beschriebenen konspirativen KGB-Villa am 20. Juli 1954 stattgefunden haben, wohin John freiwillig gekommen war. Hier kam es zweifellos zu dem Angebot, für den Osten zu arbeiten, und hier sträubte sich John nach eigenen Worten zunächst gegen solcherlei Ansinnen. Die Szene hat John ausführlich in seinen Memoiren beschrieben: „Als ich wieder wach wurde, ging ein Mann im Zimmer auf und ab. Er war geschmackvoll westlich gekleidet, hatte ein sympathisches Gesicht und eine auffallend weiße Strähne im dunklen Haar. Mit dem kann ich reden, dachte ich, stand auf und fragte: 'Wo bin ich?' 'Bei guten Freunden', sagte er. 'Wie fühlen Sie sich?' Mich packte die Wut 'Wo bin ich?' fragte ich wieder. 'Wo ist Dr. Wohlgemuth?' Er antwortete nicht. Ich schrie ihn an: 'Bei guten Freunden, sagen Sie?! Was mit mir gemacht worden ist, sind Gangstermethoden. Ich will hier raus!' Die drei Männer im Nebenzimmer

101 BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 2, Bl. 97.

102 Der Tagesspiegel, 1.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1719, o. Pag. Folgende Wiedergabe ebd. Leider sind zur Zeit die Unterlagen des DDR-Innenministeriums nicht einsehbar. Eine Recherche in den Materialien des Ministerrats brachte kein Ergebnis.

brachten mir wieder zum Bewußtsein, wie hilflos ich war. Mit Schreien und Toben konnte ich gar nichts erreichen. Ich legte mich wieder auf das Sofa und übte passiven Widerstand.“¹⁰³

Es gibt keinen Grund an der Wahrhaftigkeit dieser Aussagen zu zweifeln. Otto John selbst hat immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß er sich schließlich mit den Gegebenheiten arrangiert habe, als sie nicht mehr zu ändern gewesen seien. Gegenüber dem anwesenden General Pitovranow habe er dann seine Bereitschaft erklärt mitzuarbeiten.¹⁰⁴ Der General habe ihm auch den Auftrag gegeben, über den Rundfunk eine Erklärung abzugeben, deren Inhalt allerdings auf Johns Idee zurückging. Dazu paßt, daß die Öffentlichkeit John später seine öffentliche Erklärung „ohne innere Anteilnahme“ vom Blatt ablesen sah¹⁰⁵, und dazu paßt auch, daß sie den für John zentralen Aspekt in den Mittelpunkt stellte, er habe sich zu diesem Schritt entschlossen, „um das deutsche Volk vor einem neuen Krieg zu bewahren und wieder zu vereinen“.¹⁰⁶

Die berühmte Presseerklärung Johns am 11.8.1954 war nach Johns Angaben „fast drei Wochen einstudiert“.¹⁰⁷ Fraglich bleibt dabei, warum er nicht in der Öffentlichkeit auf der Pressekonferenz seine Situation deutlich gemacht hat. Es ist wohl nur so zu erklären, daß John sich an diesem Punkt bereits so sehr in seine Rolle gefunden hatte und sie wahrscheinlich auch schon als Chance begriff, seine politischen Frustrationen der letzten Jahre in der Öffentlichkeit zu erläutern. An Rückkehr in den Westen dachte er an diesem Punkt allem Anschein nach nicht mehr, jedenfalls zog er sie nicht für die nächste Zeit in Betracht. Dabei spielte mit Sicherheit eine wesentliche Rolle, daß sowohl die Sowjets als auch die DDR sich erheblich um den Prominenten aus dem Westen bemühten, der, wie die West- wie Ostpresse zeigte, zu einem erheblichen Druckmittel im Kalten Krieg geworden war.

Die Bedeutung des Falles John für das MfS bzw. die DDR zeigt sich nicht zuletzt darin, daß die Behörden der DDR auch nach der Rückkehr Johns in die Bundesrepublik über die Einzelheiten des Falles informiert blieben. So liegen im MfS-Bestand unter anderem die internen westdeutschen Gutachten von 1954 für Johns Disziplinarverfahren, die Unterlagen zu den Voruntersuchungen 1956 und das komplette Gerichtsurteil von Dezember 1956. Wie das Material, vor allem auch über wen die Unterlagen in die Hände des MfS gelangten, ist völlig offen. Wahrscheinlich sind hier die Kontakte zu „Geheimen Mitarbeitern“ (GM) des MfS in West-Berlin und im Bundesgebiet genutzt worden. Das MfS bereitete 1956 sogar ausführliche „Maßnahmen im Zusammenhang mit dem John-Prozeß“ vor, die unter anderem Lancierung von Nachrichten in

103 John, *Zweimal kam ich heim*, S. 274 f.

104 Vgl. ebd., S. 280.

105 Der Tagesspiegel, 29.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

106 John, *Zweimal kam ich heim*, S. 281.

107 Ebd., S. 284.

der westdeutschen Presse über die dortigen GM vorsahen. Diese Nachrichten betrafen zum Beispiel die Verbreitung von Nachrichten über den Einsatz von NS-Aktivistinnen im Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik.¹⁰⁸ Im Vorfeld der am Anfang der siebziger Jahre dann erfolgten Veröffentlichung der sowjetischen Position im angesprochenen Band von Frederick und vor allem der Auseinandersetzungen um eine Wiederaufnahme des John-Verfahrens gab es dann 1967 sogar noch eine Gesamtauswertung des „Falles John“ im Hinblick auf einen „Runden Tisch“.¹⁰⁹

7. Die Tätigkeit Johns in der DDR und die politische Diskussion in den östlichen Medien

Wenn, wie es aussieht, Otto John, freiwillig in die DDR gekommen ist, aber gegen seinen Willen dort geblieben ist, hat er seine Rolle gut gespielt und seinen Auftrag übererfüllt. Die vom MfS geführten Listen zur Tätigkeit Johns in der DDR nennen seitenlang Termine bei Dutzenden von Organisationen, Pressekonferenzen usw. Zwischen dem 25.8. und 7.12.1954 befand sich John in der UdSSR, wo er unter anderem vom KGB befragt wurde. Über viele Aktivitäten Johns liegen auch Fotos vor. Vom KGB unter der Leitung General Jewgeni Pitowranow war auch die Propagandakampagne ausgearbeitet worden, die am 22.7.1954 mit der erwähnten Pressemitteilung über die Flucht Johns begann und drei Tage später mit der Bandaufzeichnung der Erklärung Johns fortgesetzt wurde, in der John von seiner „demonstrativen Aktion“ sprach, „um alle Deutschen zum Einsatz für die Wiedervereinigung aufzurufen“.¹¹⁰ Am 28. Juli folgte eine weitere Erklärung Johns, in der er noch einmal die „einseitige Bindung an die amerikanische Politik durch Dr. Adenauer [und] die damit verbundene Remilitarisierung und die Wiederbelebung des Nationalsozialismus“ für seinen Schritt in die DDR verantwortlich machte.¹¹¹ Am 4. August folgte die öffentliche Verlesung des Briefes von John mit Datum vom 1. August, in dem dieser sich bei Grotewohl für das gewährte Asyl in der DDR bedankte.¹¹² Die Pressekonferenz am 11.8.1954 war der erste große Einsatz Otto John auf östlicher Seite. Schon zu diesem Zeitpunkt war John ein ständiger Begleiter zugeteilt worden, Wilhelm Girus, der später allerdings darum bat, von dieser Aufgabe entbunden zu werden. Nach durchaus glaubwürdiger Darstellung Johns war der „Presse-Club“, nahe dem Bahnhof Friedrichstraße, von MfS-Mitarbeitern und sowjetischen Offiziellen vollständig kontrolliert.¹¹³ Ganz sicher war man sich wohl nicht, daß John diesen Auftritt nicht zur Flucht nutzen würde.

108 In den MfS-Akten wird dazu ausdrücklich der „Fall Dorls“ erwähnt. Vgl. Anm. 64.

109 Vgl. BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 23.

110 Text in: BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 103.

111 Zitiert nach SBZ-Archiv, 5.8.1954, S. 226.

112 Text in: SAPMO, NY 4090/660, Bestand Otto Grotewohl, Bl. 74.

113 Vgl. John, Zweimal kam ich heim, S. 287.

Kern der dortigen Ausführungen Johns, die zum Teil bereits in der Einleitung wiedergegeben wurden, war, daß sein Entschluß auf der Einsicht beruht habe, von hier aus am besten für die Wiedervereinigung Deutschland und gegen die Gefahr eines neuen Krieges arbeiten zu können, während dies im Westen durch die „Renazifizierung“ der westdeutschen Politik nicht möglich sei. John führte dabei eine ganze Reihe Namen von Personen des öffentlichen Lebens auf. So erwähnte er Oberländer, Leverkus, Naumann oder Achenbach – ohne Zweifel alles ehemalige NS-Funktionäre oder -Sympathisanten. Parallel dazu erwähnte John ehemalige Generäle, unter anderem Manstein, Ramcke, Kesselring, Manteuffel, Trettner. Sie erhielten teilweise, so John, wie der ehemalige General Ramcke eine Pension, die größer sei als das Gehalt eines aktiven Ministerialdirektors, setzten sich aber gleichzeitig „fortgesetzt in Wort und Schrift gegen die Demokratie“ ein.¹¹⁴

Es ist offen, wie viele wirkliche Geheimdienstinformationen John insgesamt außer diesen allgemein zugänglichen Mitteilungen, die auch für die DDR natürlich kein Geheimnis darstellten, bekanntgab. John wurde fast ganztägig durch einen Mitarbeiter der Staatssicherheit überwacht, die Berichte dazu sind überliefert.¹¹⁵ Er arbeitete offiziell im Ost-Berliner „Deutschen Institut für Zeitgeschichte“, welches sich mit der Auswertung von Westpresse beschäftigte. Insofern war er vor allem auch über die Diskussion im Westen und über den Vorwurf der Spionage informiert. John erhielt vom MfS und KGB die Decknamen „Keller“ und „Proton“ und wurde wiederholt ausführlich befragt. In den Unterlagen der Gauck-Behörde sind auch die Fragenkataloge des MfS überliefert, ebenso wie die Aussagen Johns.¹¹⁶ Und hier wird deutlich, daß John zum Teil Details aus seinem BfV-Dienstbereich verrät. Am 25.7.1954, also fünf Tage nach seinem Übertritt, gab John ausführlich Auskunft über seinen Aufenthalt in den USA und seine dortigen Treffen mit Mitarbeitern des State Department, des Pentagon und FBI, wobei allerdings von ihm keine Informationen, die nicht ohnehin öffentlich bekannt waren, verraten wurden.¹¹⁷ Anders verhielt es sich bei der „Aussprache“ am 27. Juli, als es um die Überwachung des kommunistischen Organisationen in Westdeutschland und um die „Organisation Gehlen“ ging. Zwar ist nicht bekannt, daß die Staatssicherheit nicht ohnehin über die wichtigsten Einzelheiten informiert war. Immerhin teilte John aber Informationen mit, die nach eigener Auskunft aus persönlichen Gesprächen mit „Offizieren, zum Beispiel Graf Schwerin“ stammten und beinhalteten, wer die Organisation Gehlen finanziere, wer die Verbindungsoffiziere des BfV zur alliierten Hohen Kommission seien, welche Aufgaben diese hätten und welche Planungen zur Organisation der Geheimdienstarbeit nach der Ratifizierung der EVG vorgesehen seien.¹¹⁸ Gravierender waren die Informatio-

114 John, Ich wählte Deutschland, S. 9.

115 Zum Beispiel: BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 4, Bl. 77 ff.

116 Vgl. BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 47.

117 Vgl. Protokollarische Niederschrift der Aussprache mit Herrn Dr. John, 25.7.1954; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 9.

118 Protokoll über die Aussprache mit Herrn Dr. John am 27.7.1954; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 19 ff. Zitat: Bl. 19.

nen, die „Keller“ während seines UdSSR-Aufenthaltes im September und Oktober 1954 wahrscheinlich alle gegenüber dem KGB gab; zumindest tragen eine ganze Reihe der Niederschriften den Vermerk „übersetzt“.¹¹⁹ Am 15. September gab er „gezwungen durch unsere hartnäckigen Befragungen“, wie der Bericht vermerkt¹²⁰, Auskunft über Agenten des BfV innerhalb der westdeutschen KPD, am 9. Oktober zu einem Agenten des britischen Geheimdienstes, der im Geheimdienst der DDR tätig gewesen, aber mittlerweile übergelaufen war, sowie über den BfV-Residenten in Hannover. Am 12. Oktober gab er Informationen über Personen, die in Westdeutschland verdächtigt wurden, mit dem sowjetischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Am 14. Oktober teilte er den Verdacht gegen den Generalsekretär der „Europa-Union“, von Unger, mit, als Agent für den Osten tätig zu sein. Am gleichen Tag gab er Informationen über die Zusammenarbeit zwischen BfV und dem amerikanischen Counter Intelligence Corps (CIC), einschließlich ihrer Verbindungsleute. Ebenfalls am gleichen Tag machte er auch Angaben zu einem in Stuttgart ansässigen Experten des CIC für die KPD, „welcher praktisch die Tätigkeit des CIC gegen die KPD leitet“¹²¹, ebenso zum „Bund Deutscher Jugend“ und der US-Waffenlieferungen für sie. Er gab zudem Informationen zu den technischen Möglichkeiten des BfV sowie zum Standort von Agentenschulen der Westalliierten. In den Befragungen am 19.10. gab er Auskunft über einen Residenten des BfV in Süd-Württemberg. Ein lediglich mit dem Vermerk „im Oktober 1954“ versehener Bericht macht deutlich, daß „Keller“ mit der Zeit immer mehr Informationen offenlegte.¹²² Ausführlich gab er in diesem Bericht Auskunft über elf Agenten des BfV, die zur Aufklärung rechter Organisationen in Westdeutschland tätig waren. Sie beinhalteten Namen, Alter, Wohnort, Aussehen, Beruf von Personen, die in der Regel in rechtsradikalen Parteien und Organisationen Mitglied waren und zeigte ihre Verbindung zum BfV. Nicht verraten hatte er offensichtlich V-Leute des BfV in der DDR, was schon damals von Westseite bestätigt wurde.¹²³

John wurde, wie die MfS-Akten vermerken, auf eigenen Wunsch in die Arbeit des „Ausschusses für Deutsche Einheit“ (Vorsitzender Albert Norden) und die Nationale Front eingebunden. In diesem Rahmen, heißt es dort, könne er „entsprechend seinen Vorstellungen“ Veröffentlichungen tätigen und politische Gespräche mit „fortschrittlichen bürgerlichen Kreisen“ führen.¹²⁴ Dies lag also durchaus auf der Linie von John Idee, als gesamtdeutscher Mittler der Wiedervereinigung zu fördern. Gleichzeitig wurde ihm ein Büro nebst Räumen für eine Sekretärin und den ihm zugewiesenen ständigen Begleiter (zunächst Prof.

119 Berichte zu den Aussagen Johns zwischen dem 4.9. und 20.10.1954; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 58 ff.

120 Bericht über Befragung Johns vom 15.9.1954, 14.10.1954; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 1, Bl. 58. 121 Ebd., Bl. 62.

122 Vgl. ebd., Bl. 70 ff.

123 Vgl. Boveri, Verrat, Bd. 2, S. 128.

124 Auskunftsbefragung, HA XX, 2.11.1967, S. 12; BStU MfS 11263/56, Bl. 17. In diesem zusammenfassenden Überblick auch Informationen über die sonstigen Begleiter, die von John getroffenen Personen usw.

Girnus vom „Ausschuß für Deutsche Einheit“) eingerichtet. John sprach auf etwa 30 Veranstaltungen des Ausschusses.

Die erheblichen finanziellen, personellen und organisatorischen Aufwendungen der DDR sind nur vor dem Hintergrund zu verstehen, daß Johns Übertritt und Tätigkeit im Osten als politischer Sieg ausgeschlachtet werden sollte. John war mit Sicherheit nicht so naiv, daß es dies nicht bemerkte, aber er scheint dies für die seiner Meinung nach übergeordnete, gesamtdeutsche Aufgabe in Kauf genommen zu haben.

8. Die politisch-kulturelle Diskussion des „Falles John“ im Westen

Die Pressereaktion im Westen läßt sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Sie reichte von haßerfüllten polemischen Anti-John-Artikeln bis hin zu Versuchen, den Fall seriös aufzuarbeiten. Hinzu kamen eine unglaubliche Menge von Sensationsmeldungen, die teilweise jeder sachlichen Grundlage entbehrten. Zu dieser Kategorie gehörte zum Beispiel ein Artikel der „Hamburger Morgenpost“, der auch während der Pressekonferenz in der DDR am 11.8.1954 süffisant zitiert wurde. Er trug die Überschrift: „Dr. John stürzte sich aus dem Fenster, Abwehrchef endet durch Selbstmord in Ostberlin“.¹²⁵

Zur Kategorie der haßerfüllten polemischen Beiträge gehörte ein Artikel der „Deutschen Illustrierten“, der die angeblichen Hintergründe so zusammenfaßte: „Gestapo-Agent, Homosexueller, Handlanger der 'Roten Kapelle', Aushorcher im Nürnberger Gefängnis, Emigrant in englischer Uniform, Denunziant im Manstein-Prozeß, Alkoholiker, Freund und Mitarbeiter berüchtigter Deutschenhasser, Intimus des SED-Leibarztes – das war Verfassungsschutzpräsident Otto John.“¹²⁶ Bereits am 24. Juli hatte „Der Tag“ unter der Überschrift „Das große Rätselraten“ hellstichtig vermerkt, es sei eine echte Sensation, nur werde sie „unecht dargestellt, verzerrt und verwirrend aufgebauscht [...] durch die zügellose Phantasie derer, die offenbar allzuviel Kriminalromane lesen und ihre Recherchen und Kombinationen dann in den reißerischen Schlagzeilen der Boulevardblätter abreagieren [...]“.¹²⁷ Hiermit war sozusagen die ganze Bandbreite der teilweise extrem unsachlichen Vorwürfe abgedeckt, die in der John-Debatte zum Vorschein kamen.

Eine besondere Erwähnung verdient Sefton Delmer, der einstige Vorgesetzte Johns während seiner Tätigkeit für den „Soldatensender Calais“, der die John-Affäre mit zahlreichen Artikeln im „Daily Express“ begleitete und zu den wenigen öffentlichen Verteidigern des ehemaligen BfV-Präsidenten im Westen gehörte. Delmer hatte sich zudem sogar zu John in die DDR begeben, um selbst mit ihm zu sprechen.

¹²⁵ John, Ich wählte Deutschland, S. 4.

¹²⁶ Deutsche Illustrierte, 7.8.1954, S. 7; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1719, o. Pag..

¹²⁷ Der Tag, 24.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

Die häufig unsachlichen Presseveröffentlichungen waren der Hintergrund, der den Mitgründer der Ost-CDU und neben Kaiser wohl aktivsten CDU-Politiker mit gesamtdeutschem Anspruch, Johann Baptist Gradl, bereits knapp eine Woche nach dem Verschwinden von John zu dem Kommentar veranlaßte, im Grunde genommen gehe die gesamte Diskussion an der Sache vorbei. „Hier will man wissen, daß er vor dem Krieg Gestapospitzel war, dort, daß er 1938 (!) deutsche Aufmarschpläne an die Sowjets verraten hat. [...] Wie man den Fall auch drehen und wenden mag – ob man John für ein Opfer raffinierter Entführung, einen Verräter, einen Nervenkranken, einen politischen Toren oder vielleicht schizophrene Gemisch aus alledem hält – bis zum heutigen Tag reicht das wirkliche Wissen der Öffentlichkeit nicht für ein sicheres Urteil aus. [...] So aufregend die persönliche Seite des Falles John [...] ist, von allgemeiner und dauernder Bedeutung ist die politische Seite.“¹²⁸ Und diese Debatte vollzog sich nicht nur auf mehreren Ebenen, wobei die Positionen der jeweiligen Fraktionen in Einzelaspekten übereinstimmten, sondern löste sich auch frühzeitig in wesentlichen Aspekten vom eigentlichen „Fall John“ ab. John selbst spielte bis auf wenige Einzelheiten, die vor allem seine Persönlichkeit betrafen, schließlich fast keine Rolle mehr. Rekonstruiert man die Hauptströmungen der Debatte, so erscheinen folgende Positionen, die hier der Übersichtlichkeit halber idealtypisch abgegrenzt werden.

1. Die Position der Bundesregierung. Sie ist nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Offiziell war sie zunächst von der Annahme ausgegangen, John sei entführt worden, dann aber unter dem Druck der Fakten zum Ergebnis gekommen, dieser Übertritt sei doch freiwillig erfolgt. Faktisch übte man sich zunächst in Schadensbegrenzung. Unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher gab Innenminister Schröder auf der ersten Kabinettsitzung nach der Flucht Johns bekannt, daß mit der Wahrnehmung der Geschäfte des BfV der Präsident des Bundeskriminalamtes, Hanns Jess, beauftragt worden sei.¹²⁹ Schröder und Adenauer sahen den Fall vor allem als politische Niederlage im Kalten Krieg während der weit fortgeschrittenen EVG-Debatte. Dies hat Schröder in der Regierungserklärung am 16.9.1954 auch offen eingeräumt.¹³⁰ Schröder bestritt allerdings, daß es sich um eine nationale Katastrophe handele, dennoch aber um einen Sachverhalt, der restlos aufzuklären sei. Zweifelloser begriff aber gerade Adenauer die Affäre als Chance, den westdeutschen Geheimdienstapparat von unerwünschten Personen, wie sie John zweifellos in seinen Augen darstellte, zu reinigen und gleichzeitig innerparteilich den eigenen Kurs vor allem gegen die Kritiker der Westbindung zu stärken.

In der Bundestagsdebatte am 16. und 17.9.1954, die auf Druck der Opposition angesetzt worden war, verteidigte unter anderem Kurt Georg Kiesinger für die

128 Der Tag, 1.8.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

129 Vgl. Der Tagesspiegel, 24.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

130 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 17.9.1954, S. 1541-1543.

CDU/CSU die Position der Regierung.¹³¹ Er plädierte vor allem dafür, die bestehende Vertrauenskrise zu lösen und die John-Krise nicht zu einer Krise des parlamentarischen System werden zu lassen. Kiesinger wies dazu auf die bereits eingeleiteten Maßnahmen zu Aufklärung hin. Ansonsten war ein wesentliches Argument, die Alliierten und die Opposition hätten der Berufung Johns zugestimmt.

Speziell Adenauer wiederum sah sich und seine Politik vor allem dem Vorwurf ausgesetzt, die EVG-Verhandlungen hätten geheime Zusatzabkommen, deren Inhalt auf die militärische Wiedereroberung verlorener Gebiete ziele. Auch eine Anfrage der SPD ging in diese Richtung. In der im September stattfindenden Bundestagsdebatte hatte die Bundesregierung dies energisch zurückgewiesen, aber der Vorwurf erschien Adenauer offensichtlich so gravierend, daß er sich unter anderem veranlaßt sah, bereits im August 1954 in einem Brief an das dem linken Labour-Flügel in England zuzurechnenden Blatt „Tribune“ den Vorwurf zurückzuweisen, Deutschland wolle Mitglied der EVG werden, um die verlorenen Ostgebiete zurückzugewinnen.¹³²

Die Kritiker in der Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP, DP und BHE sammelten sich zum einen um die „Gesamtdeutschland-Fraktion“ um Jakob Kaiser. Kaiser, der durch seine angebliche „Empfehlung“ für John selbst massiv in die Kritik geraten war, betonte vor allem, daß er vermute, bestimmte Kreise nutzten die John-Affäre als Waffe, „um die ganze Widerstandsbewegung [...] des 20. Juli zu treffen“ und sie politisch auszuschalten.¹³³ Darüber hinaus sah er die John-Krise als Argument gegen die unter anderem von seiner Seite vorgetragenen Kritik an der Westbindungspolitik Adenauers. In der Tat blockierte die John-Affäre dann auch eine ganze Zeitlang die Arbeit am im Aufbau befindlichen „Kuratorium Unteilbares Deutschland“, während die Westbindung der Bundesrepublik faktisch in die Tat umgesetzt wurde.

Die massivste Kritik innerhalb der Regierungskoalition an Adenauer und Schröder kam jedoch vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier (FDP). Die FDP hatte trotz ihrer Teilnahme an der Regierungskoalition sich seit der Staatsgründung um eigene Profilbildung bemüht, um zumindest als selbständige Einheit neben der CDU erkennbar zu bleiben. Der „Pfleiderer-Plan“ von 1952, benannt nach Karl-Georg Pfleiderer, war ein typisches Beispiel für die Idee des „Dritten Weges“ gewesen, die Adenauer vor allem nicht in seiner rigorosen Ablehnung der „Stalinnoten“ gefolgt war. Jetzt in der John-Debatte geriet nicht nur Schröder, sondern Adenauer als „schwacher Kanzler“ in die Kritik der FDP, und sie befand sich hier in deutlicher Übereinstimmung mit der SPD. Reinhold Maier warf der Bundesregie-

131 Wiedergabe der Bundestagsdebatte (42. u. 43. Sitzung v. Donnerstag/Freitag, 16.9. u. 17.9.1954) nach Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte Band 21, Bonn 1954, S. 1941-2005 u. S. 2010-2033. Folgende Wiedergaben ebd., S. 1960 ff.

132 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.1954 Die Welt, 18.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag.

133 Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 302.

rung in seiner überaus scharfen Rede am 16.9.1954 einerseits erhebliches Versagen in der Dienstaufsicht des Verfassungsschutzes vor. Dieser habe bereits seit Jahren völlig unzulässig Nachrichtenmaterial gesammelt und Namen völlig Unschuldiger veröffentlicht.¹³⁴ Andererseits sei das BfV in die Konkurrenz anderer Dienste geraten, gemeint war vor allem die Organisation Gehlen, was die Effektivität des Amtes gemindert habe. Darüber hinaus habe die Bundesregierung nur abgewiegelt und Verantwortung von sich geschoben: „Was entrang sich der Brust der verantwortlichen Persönlichkeiten, als der Kladderadatsch da war?“, so Maier, „Das Kanzlerwort: 'Der Mann hat mir nie gefallen!' Die anderen Worte: 'Die Briten haben ihn uns aufgezwungen!' 'Der Mann weiß nichts!' Wie billig glaubte man, diese ernste Situation überwinden zu können! Nach wenigen Wochen, als Schmidt-Wittmack zusätzlich türmte, bot man der Öffentlichkeit nochmals dasselbe Trauerspiel.“ Nur die Betroffenen hätten gewechselt, nicht aber die wenig eindrucksvollen Ausflüchte. Er wisse, so Maier mit deutlicher Spitze gegen Schröder und Adenauer, es gebe tragische Größenordnungen, die einem über den Kopf wüchsen, aber die ganze politische Handhabung des Falles offenbare nicht zuletzt eine eklatante Mißachtung des Parlaments.

2. Die Position der von der SPD dominierten Opposition deckte sich zum großen Teil mit der Kritik aus der FDP, wie sie von Reinhold Maier vorgetragen worden war. Ihre Argumente drehten sich einerseits um die Frage der mangelnden Kontrolle des BfV, andererseits um angebliche Geheimabkommen zur EVG, die mit der John-Affäre bekannt geworden waren. „Die 13 Fragen der SPD“ zur geplanten Sondersitzung des Bundestages zum Fall John hatten schon im Vorfeld die Hauptkritikfelder abgesteckt.¹³⁵ Der erste Komplex richtete sich auf Aspekte der Dienstaufsicht, und sie waren, wie „Die Welt“ am 18.8.1954 schrieb, „mit sichtbarer Spitze gegen Bundesinnenminister Schröder“ gerichtet.¹³⁶ In diese Richtung gingen speziell die Fragen, inwiefern bereits seit längerem Bedenken gegen John bestanden hätten, ob John Kontakte zu östlichen Agenten gehabt habe oder Mitglied in DDR-Organisationen gewesen sei (gefragt wurde nach der Mitgliedschaft im „Demokratischen Kulturbund“) und ob er wegen Alkoholproblemen bereits vorher aufgefallen sei. Der zweite Komplex betraf die EVG-Verhandlungen, und sie knüpften an die bereits kurz angesprochene aufsehenerregende Fehlleistung Adenauers in einer Rundfunckerklärung vom 6.8.1954 an. Adenauer hatte eine angebliche Aussage Johns im DDR-Rundfunk dementiert, wonach es geheime EVG-Verträge gegeben habe. Diese Äußerung, die tatsächlich einem Geheimnisverrat gleichgekommen wäre, hatte jedoch bis zu diesem Zeitpunkt nicht stattgefunden; erst nach Adenauers Dementi hatte John bestätigt, daß es geheime Teile im EVG-Vertrag gegeben habe. Sie seien von Wilhelm Grewe im Sommer 1952 ausge-

134 Sitzung 16.9.1954, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte Band 21, Bonn 1954, S. 1941-2005; hier: S. 1966.

135 Vgl. für das Folgende: Telegraf, 13.8.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

136 Die Welt, 18.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag.

handelt worden und durch einen geheimen Briefwechsel für verbindlich erklärt worden, den Staatssekretär Otto Lenz unterzeichnet habe.¹³⁷ Darüber hinaus zielten die Fragen der SPD darauf, ob der Übertritt Johns direkte Verhaftungen von Westagenten im Osten ausgelöst habe, inwieweit Gehlen Material über John gesammelt habe und ob tatsächlich vom BfV tatsächlich Informationen über die bundesrepublikanische Opposition gesammelt worden sei. Am 13.8.1954 schrieb der „Neue Vorwärts“ dazu: „Daß es in der Bundesrepublik ein wahres Gewimmel von geheimen 'Abwehrdiensten' gibt (der Londoner 'News Chronicle' bezifferte sie kürzlich auf 30), ist weltbekannt. Wen will man glauben machen, daß Dr. John nicht eine ganze Menge von ihnen gekannt (und mindestens einen davon, die 'Organisation Gehlen', als Rivalen zu spüren bekommen) hat? Daß sich das Bundesamt für Verfassungsschutz nur mit der Überwachung links- und rechtsradikaler Umtriebe beschäftigen sollte, ist richtig; aber wer hat nicht – spätestens seit dem vom Bundeskanzler verwendeten 'Informationen' über Reinhold Maier und Pfleiderer – erhebliche Zweifel daran, daß es sich auf die Aufgabe beschränkt hat? Warum hat der Bundeskanzler das Bestehen von Geheimabreden zur EVG so energisch dementiert [...]?“¹³⁸ Von der SPD kam auch innerhalb der Bundestagsdebatte der Hinweis, daß die Äußerungen Johns über ein Wiedererwachen rechtsradikaler Tendenzen durchaus von der Realität gedeckt wurde. Der Abgeordnete Bauer (Würzburg) wies in seiner Rede am 17. September darauf hin, „daß das Wiederauftreten der Generäle Ramcke, Remer, Kesselring [...], dann das Wiedererscheinen des Stahlhelms unter der Reichskriegsflagge, die Anerkennung der Legion Condor durch das Innenministerium durch Einbeziehung unter das 131er Gesetz unter doppelter Anrechnung der in Spanien verbrachten Zeit als normale Kriegsdienstzeit, das Eindringen von manchen in mehr als niedriger und mittlerer Tätigkeit im 'Dritten Reich' mit den maßgebenden Instanzen liierten Leuten in höhere und höchste Stellen im Bund, – daß all das einen aufrechten Republikaner nicht heiter stimmen kann [...]. Wir sind der Meinung, daß sich die Wahrheit solcher Tatsachen nicht bestreiten läßt.“¹³⁹ Bezeichnenderweise war es in der gleichen Sitzung am 16. September auch um die Mandatsniederlegung des nordrhein-westfälischen FDP-Abgeordneten Friedrich Middelhaue gegangen, unter dessen Verantwortung die dortige FDP sich zum einem Sammelbecken von Nationalsozialisten entwickelt hatte.¹⁴⁰

Der von der SPD geforderte Mißbilligungsantrag gegen den Bundesinnenminister wurde in namentlicher Abstimmung mit 223 gegen 128 Stimmen der SPD, bei fünfzig Enthaltungen abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde allerdings der

137 Vgl. Die Neue Zeitung, 22.8.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

138 Neuer Vorwärts, 13.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag.

139 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte Band 21, Bonn 1954, 42. Sitzung, 16.9.1954, S. 1941-2005; hier: S. 1999. Das angesprochene „131er Gesetz“ meinte den Artikel 131 des Grundgesetzes, das den bis zum 8. Mai. 1945 im Öffentlichen Dienst Beschäftigten einen Anspruch auf Wiederverwendung einräumte. Dazu Frei, Vergangenheitspolitik, S. 69 ff.

140 Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 361 ff.

SPD-Antrag angenommen, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Klärung des Falles einzurichten.¹⁴¹

3. Die Westalliierten betrachteten den Fall vor allem als Spionageskandal und Torpedierung der EVG, und ihre Position entsprach im wesentlichen der der Bundesregierung. Hier herrschte vor allem Besorgnis darüber, daß John nicht nur Einblick in die innerdeutschen, sondern auch die alliierten Abwehrmaßnahmen hatte. Besonders riskant war aus dieser Perspektive, daß John sich kurz zuvor zu einem offiziellen Besuch in den USA aufgehalten hatte. Nach dem Bekanntwerden der Flucht Johns hatten die USA unmittelbar danach das Code-System der Nachrichtenübermittlung und die Decknamen ihrer Agenten geändert.¹⁴² Ansonsten herrschte in den offiziellen Stellen, und hier ganz besonders in den amerikanischen, vor allem die Besorgnis über die Auswirkung des John-Falles auf die Frage der deutschen Beteiligung an der EVG. Eine Schwächung Adenauers und eine gleichzeitige Stärkung der Opposition war aus dieser Perspektive eine echte Gefährdung der EVG.¹⁴³

In ähnlich breiter Fächerung wie die bundesdeutschen Medien berichteten im übrigen auch die amerikanischen Medien über den Fall¹⁴⁴, wobei die Spekulationen von der Theorie, John sei kommunistischer Agent, bis hin zur Annahme reichte, John sei bereits während der Verschwörung des 20. Juli 1944 ein Gestapoagent gewesen, der den gesamten Aufstandsversuch bereits vorher verraten habe. Auch der Vorwurf, John habe im Auftrag der Briten gehandelt, um die EVG-Verhandlungen nachhaltig zu stören und wenn möglich zu verhindern, kam hier zum Tragen. Unzweifelhaft war in der US-Presse in den ersten Wochen nach dem Übertritt Johns, daß der BfV-Chef freiwillig gegangen sei. Einzelne Blätter, so die „Washington Post“ und die „New York Herald Tribune“ vermuteten, daß er in eine vorbereitete Falle getappt sei. Als Folgerung aus der Affäre zog etwa die Hearst-Presse den Schluß, die Bundesrepublik brauche unbedingt ein Instrument wie die McCarthy-Ausschüsse, die die kommunistische Infiltration der Ministerien zu untersuchen habe. Einig waren sich alle in der Schlußfolgerung, daß die Affäre dem Westen geschadet, der Sowjetunion aber genützt habe, und zwar in einer Phase, in der die psychologische Situation des Westens ohnehin gefährdet sei, weil, so etwa die New York Times“, die Deutschen, gerade auch die Westdeutschen, geneigt seien, jede weitere Verzögerung der Westbindung dazu zu nutzen, „sich für die Alternative der Wiedervereinigung und sogar der Neutralisierung zu entscheiden“.¹⁴⁵ Darum sei

141 Die Neue Zeitung, 18.9.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

142 Vgl. Der Tagesspiegel, 24.7.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

143 Vgl. Thomas Schwartz, Die USA und das Scheitern der EVG, in: Rolf Steininger, Jürgen Weber, Günter Bischof, Thomas Albrich, Klaus Eisterer (Hg.), Die doppelte Eindämmung, Europäische Sicherheit und die deutsche Frage in den Fünfzigern, München 1993, S. 75-98, hier: S. 92.

144 Folgende Wiedergaben aus der US-Presse nach den Presseberichten des Auswärtigen Amtes, Bonn, 10.8. u. 17.8.1954; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (AA-PA), Abt. 2/Mappe 295, Bl. 144 ff.

145 Pressebericht des Auswärtigen Amtes, Bonn, 17.8.1954; AA-PA, Abt. 2/Mappe 295, Bl. 153.

Johns Angriff auf die Bundesregierung ernstzunehmen. Ansonsten wurde Johns Verschwinden auch zum Anlaß zu größeren Reportagen über Westdeutschland und das dort herrschende politische Klima genommen. Teile der US-Presse (vor allem die Scripps-Howard-Blätter) druckten in diesem Zusammenhang die Artikel Sefton Delmers aus der britischen „Daily Mail“ zur „Rückkehr der Nazis“ ab. Die westdeutsche Diplomatische Vertretung in Washington registrierte „auffallend viel unfreundliche Leserbriefe zum Fall John, die alle 'warnen', sich noch weiter als bisher mit Westdeutschland einzulassen“. ¹⁴⁶ Auch Stimmen, die vor „mangelnder Loyalität“ der Westdeutschen, ihrem „Militarismus“ und ihrem „Doppelspiel zwischen West und Ost warnen“, waren zu beobachten.

4. Die Gegner Johns aus den Reihen der Organisation Gehlen, die die „Org.“ vor allem durch den neueingerichteten Verfassungsschutz in ihren Aufgaben beschnitten fühlten, nutzten den „Fall John“ vor allem für die bereits lange vor Johns Übertritt in die DDR sich abzeichnende Debatte um die Zentralisierung des bundesdeutschen Geheimdienstes. In dieser Auseinandersetzung standen der Chef der Organisation Gehlen, Reinhold Gehlen, zusammen mit Hans Globke und Otto Lenz auf der einen Seite gegen den Bundesinnenminister Schröder auf der anderen Seite. „Der Spiegel“ meldete allerdings bereits am 18.8.1954, daß in diesem Kampf der Zentralisierung der Nachrichten- und Abwehrdienste der Bundesrepublik in einem Staatsschutzministerium, Schröder einen Verbündeten in Theodor Blank gefunden hatte. ¹⁴⁷ Nach dieser Konzeption solle die militärische Abwehr einem künftigen Verteidigungsministerium unterstehen, ein politischer „Intelligence“-Dienst dagegen dem Innenministerium. Auch das MfS war im Besitz einer Denkschrift Gehlens, die die „Neuordnung“ und Zusammenführung aller Geheimdienste unter dem Dach der „Organisation Gehlen“ forderte. ¹⁴⁸ Die Vermutung, John sei wegen der Gegnerschaft Gehlens in die DDR gegangen, wurde im übrigen quer durch die Fraktionen vertreten. Auch auf dem kurz nach dem Übertritt Johns in Berlin stattfindenden SPD-Parteitag wurde solche Stimmen laut. ¹⁴⁹

5. Die rechtsnationalistische Position, die den „Fall John“ als typisch für die negativen Folgen alliierter Politik in Deutschland betrachtete, denen sich die Regierung Adenauer verpflichtet habe. In dieser Fraktion mischten sich auch die Gegner der Emigration bzw. des Widerstandes, die sich dann auch etwa gegen Jakob Kaiser richtete. Außerdem spielte hier der „Fall Manstein“ eine herausgehobene Rolle. In dieser Kategorie befanden sich Teile des an der Regierungskoalition beteiligten „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). In einer Erklärung hatte der niedersächsische BHE bereits im August 1954 gefordert, aus dem Fall John die entsprechenden politischen Folgerungen zu ziehen. Diese bestanden für den BHE vor allem darin, daß künftig

146 Pressebericht des Auswärtigen Amtes, Bonn, 10.8.1954, S. 2; AA-PA, Abt. 2/Mappe 295, Bl. 145.

147 Der Spiegel, 18.8.1954, S. 6; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag.

148 BStU, MfS AP 11363/56, Bd. 1, Bl. 32 – 35.

149 Vgl. Bailey u. a., Die unsichtbare Front, S. 249.

bei der Besetzung wichtiger Positionen in der Bundesrepublik „der einzelne nicht nach seiner politischen Vergangenheit, sondern nach seinen charakterlichen und persönlichen Werten beurteilt wird“. ¹⁵⁰ In diese Richtung argumentierte auch Rudolf Diels, dessen Buch „Der Fall Otto John, Hintergründe und Lehren“ bereits kurz nach dem Übertritt Johns vorlag. ¹⁵¹ Diels, erster Gestapo-Chef des Dritten Reiches, baute seine polemische „Analyse“ des „Falles John“ vordergründig auf einer „sachlichen“ Kritik auf. Er sei, so Diels im Vorwort, nicht aus innerer Neigung zu dem fragwürdigen Handwerk gekommen, sondern „weil Vorbildung und Laufbahn mich auf diesen Posten führten“. ¹⁵² Politisch hielt er sich auch deswegen für unverdächtig, weil er „als Gefangener der Gestapo den edleren Geist des deutschen Widerstandes kennengelernt“ habe, „der den Befreiern so unerwünscht war wie sie diejenigen, die sich als Verräter und Siegeshelfer rühmen konnten, begönnernten“. ¹⁵³ Als einen solchen habe man mit Otto John „den Bock zum Gärtner gemacht“. ¹⁵⁴ Er habe nichts gegen John, aber vom fachlichen Standpunkt, so Diels, könne er sowohl den „Unfug der Wildwest-Organisation meines Nachfolgers [!] John ebenso [...] beurteilen wie die Kindergärten amerikanischer Nachrichtenzentralen“.

Nach der „sachlichen Kritik“ war Diels dann aber sehr schnell und ganz offen zu seinem eigentlichen Anliegen gekommen, zur Kritik an der alliierten „Siegerjustiz“, an der „Reeducation“ und an der Strategie, daß man Emigranten wie John in politische Ämter berufen habe. „Der große Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß war beendet. Die Asche der Gehängten war in alle Winde zerstreut worden. Da packte die englische Kommission [...] die Akten zusammen und verließ den Justizpalast. Zurück ließen sie einige deutsche Emigranten, die den Amerikanern ausgeliehen wurden. [...] Mit dem steigenden Einfluß der britischen Linken [...] stieg auch ein Einflüsterer in den Vordergrund, der 'Mister John' genannt wurde. Sein Wort galt viel bei den Amerikanern, denen er mit seinen besonderen Kenntnissen und durch Zusammentragen des belastenden Materials aus den güterzugeweise herangeschleppten Akten imponierte.“ ¹⁵⁵ John, so Diels, sei „schlicht ein Verräter“. ¹⁵⁶

Die Karriere von John hielt Diels für symptomatisch für den Zustand der Nation. Hier stelle man solche Personen ein und nicht Experten, die ehemals Nationalsozialisten gewesen seien, selbst dann nicht, wenn der unbelastete Kandidat geringere Fähigkeiten aufzuweisen habe. Man sei gegen Ordnung, zerschlage deswegen Preußen, und die übelsten Schreiber [...] singen das Lob des

150 Die Welt, 17.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag.

151 Der CDU-„Deutschland-Union Dienst (DUD) veröffentlichte bereits am 20.8.1954 eine Kritik an Diels' Broschüre; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag. Am 17.9. wurde das Buch auch während der Bundestagsdebatte in einigen Reden erwähnt.

152 Diels, Fall, S. 8.

153 Ebd., S. 9. Diels war nach dem Attentat vom 20.7.1944 in Gestapo-Haft. Vgl. Robert Wistrich, Wer war wer im Dritten Reich, Ein biographisches Lexikon, Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft und Militär, Kunst und Wissenschaft, Frankfurt a. M. 1987, S. 61 f.

154 Diels, Fall, S. 7. Folgende Wiedergabe ebd., S. 9.

155 Ebd., S. 12.

156 Ebd., S. 20.

Durcheinanders“¹⁵⁷. Selbst Göring habe beim Aufbau der Geheimen Staatspolizei nicht auf die Fachleute verzichtet und nicht Opportunisten eingestellt, nur weil sie politisch genehmer gewesen seien. Allein Adenauer erfülle die „deutsche Marionettenbühne“ noch mit Leben.¹⁵⁸ Notwendig, so Diels, sei jetzt die Erneuerung Deutschlands „frei von Komplexen“, was in dieser Interpretation meinte, vor allem die Belasteten wieder einzustellen. „Wenn wir zur Vertiefung solcher Erkenntnisse beigetragen haben, dann ist das Anliegen dieser Darlegungen erfüllt.“¹⁵⁹

Diels' scharfe Kritik blieb selbst bei jenen, die mit Sicherheit keine Verteidiger Johns waren, nicht unwidersprochen. „Was hat das alles mit dem Fall John zu tun?“, schrieb der CDU-eigene „Deutschland-Union-Dienst“ zu Diels' Broschüre am 20.8.1954. „Nichts. Die Giftpfeile gelten den Parteien und Männern, die seit 91/2 Jahren die Verantwortung trugen und tragen. Herr Diels lebt nicht schlecht auf seinem Bauernhof, den er in seiner Broschüre mehrmals erwähnt. Für ihn gibt es keinen verlorenen Krieg, kein Deutschland, das in einem Meer von Blut und Tränen, nicht zuletzt durch die Politik seiner Freunde und Gönner zugrunde ging. [...] Soll es wieder so kommen?“¹⁶⁰ Der CDU-Abgeordnete Heinrich von Brentano hatte in der Bundestagsdebatte am 16.9.1954 angemerkt, daß es allen zu denken geben solle, „daß solche Ratten wie Herr Diels wieder aus ihren Löchern kommen, daß solche Leute den traurigen Mut haben, anstatt zu schweigen und sich zu schämen, nun Artikel und Bücher veröffentlichen und uns die 'Segnungen' des 'Dritten Reiches' anpreisen, Leute, die die Gestapo, die die Konzentrationslager aus der Taufe gehoben haben?!“.¹⁶¹ Aber auch in der CDU gab es Stimmen, die darauf insistierten, Johns bestehende Verbindungen zu Emigrantenkreisen zu klären.¹⁶² Nicht zuletzt war Adenauer selbst, trotz diverser Ehrenerklärungen zugunsten des Exils (vor allem in einer Rundfunkansprache am 6.8.1954), kein Freund der Emigration, wie sich später vor allem im Wahlkampf 1961 zeigte, als er Willy Brandt ausdrücklich wegen dessen politischer Vergangenheit massiv angriff.

Ähnlich wie Diels, aber noch wesentlich radikaler, argumentierte ein anderer Rechtsaußen, Johann van Leers, prominenter Antisemit und Nationalsozialist, vor 1945 Professor an der Universität Jena und Verfasser zahlreicher antisemitischen Schriften zur NS-Rassenpolitik. Leers war bei Kriegsende nach Argentinien geflohen, von wo aus er publizistisch weiter tätig blieb. „Zum Fall Otto John“ äußerte sich van Leers in der Zeitschrift „Der Weg“ („El Sendero“). Eine längere Auseinandersetzung mit diesem Artikel erübrigt sich zwar eigentlich, aber er macht immerhin deutlich, bis wohin die politische Debatte

157 Ebd., S. 37.

158 Ebd., S. 10.

159 Ebd., S. 57.

160 Der CDU-„Deutschland-Union Dienst (DUD) veröffentlichte bereits am 20.8.1954 eine Kritik an Diels' Broschüre; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag.

161 42. Sitzung, 16.9.1954, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte Band 21, Bonn 1954, S. 1941-2005; hier: S. 1994.

162 Die Welt, 18.8.1954; SAPMO, B-Arch., DY 6/vorl. 1720, o. Pag.

zum Fall John reichte. Leers hatte seit 1951 gegen die Ernennung Johns zum BfV-Präsidenten polemisiert und sah die Umstände des „Falles John“ als Belege für die These einer andauernden „kommunistisch-plutokratischen“ Verschwörung gegen Deutschland. John habe als Vertreter der schon vor 1933 tätigen „Reichsverräter-Bewegung“ des Widerstandes gegen Hitler, die dann „vor allem im Kriege gegen das Deutsche Reich und seine verfassungsgemäße Regierung intriguierten“, nicht nur im Dienst der Kommunisten, speziell der „Roten Kapelle“, und der Engländer gestanden, sondern diese Beziehungen nach dem Krieg bewußt aufrechterhalten.¹⁶³ John sei bezeichnenderweise von den Briten vorgeschlagen worden, die während des Krieges gleichzeitig deutsche Gewerkschaftsfunktionäre in „politisch-ideologischer Diversion“ ausgebildet hätten. Logischerweise habe er auch den Kontakt zum französischen EVG-Kritiker, dem Radikalsozialisten Pierre Mendès-France, zum Zweck der „EVG-Torpedierung“ gesucht. Allgemein habe John dann als BfV-Präsident natürlich weniger „die kommunistische Durchsetzung seines eigenen Apparates, der Gewerkschaften und der Presse“ untersucht, aber „haßerfüllt jede noch so kleine 'rechtsradikale', sprich 'antikommunistische' Bewegung“ verfolgt.¹⁶⁴ Ziel Johns, so die Mutmaßung von Leers, sei der Sturz Adenauers mit darauffolgender „Wiedervereinigung unter roten Gewerkschafts-Vorzeichen mit dem Segen Englands, der Duldung Frankreichs und dem 'Wohllwollen' Moskaus“.¹⁶⁵ Dann hätte „John, der Agent Londons, der Knecht Moskaus, der Bewunderer von Mendès-France [...] wirklich die Erwartungen erfüllt, die seine Auftraggeber in ihn gesetzt haben“ und hätte gleichzeitig noch seinen schärfsten Konkurrenten, Gehlen, beseitigt.

Die eigentliche Spitze von Leers ging allerdings noch in eine weitere, umfassendere Richtung. Sie gipfelte in der Forderung der „Entjohnisierung“. „John ging, so von Leers, „die Johnisten aber blieben“.¹⁶⁶ Und dies richtete sich gegen die Angehörigen des NS-Widerstandes, insbesondere auch gegen Jakob Kaiser, dessen angebliche „Empfehlung“ von Leers ausdrücklich hervorhob. „Verrat und Widerstandstätigkeit während des Dritten Reiches“ seien nicht nur „zum einzigen Wertmaßstab für die Qualifikation nicht nur Dr. Johns, sondern der Mehrheit der im politischen Leben Westdeutschlands leitenden Beamten erhoben worden“. Und von Leers ließ eine lange Liste der „Verkäufer unseres Volkes an den Kommunismus“ folgen, unter anderem die Gegner des Adenauerschen Westintegrations- und Wiederbewaffnungskurses Martin Niemöller, Gustav Heinemann, Helene Wessel, die Führung der SPD und der Gewerkschaften, Herausgeber linker Publikationen oder jüdischer Zeitungen und eben nicht zuletzt „die Kreise des 'Widerstandes' und der aus ihnen bestehende engere Freundeskreis um Prof. Heuß; die leitenden Leute der Spruchkammern

163 Der Weg, 9/1954, S. 619-626, hier: S. 619 (BStU, MfS 11263/56, Bd. 8, Bl. 216). Folgende Wiedergaben ebd., S. 625 (Bl. 222).

164 Ebd., S. 624 (Bl. 221).

165 Ebd., S. 625 (Bl. 222). Folgende Wiedergaben ebd.

166 Ebd. Folgende Wiedergaben ebd. S. 625 f. (Bl. 222).

und Befreiungsministerien [...]“.¹⁶⁷ Das seien „die Kreise, die überprüft und politisch ausgeschaltet werden müssen, wenn Westdeutschland gegen kommunistische Infiltration und neue 'Fälle John' abgeschirmt werden soll“.

6. Die Stimmen, die den Fall John als Beleg für die wachsende kommunistische Unterwanderung der Bundesrepublik betrachteten, kamen selbstverständlich nicht nur aus dem rechtsnationalen-antidemokratischen Lager, sondern vor allem auch aus einer, wenn man sie so bezeichnen will, „antitotalitären“ Position. Diese gewannen ihren politischen Standort aus der Gegnerschaft gegen Nationalsozialismus und Stalinismus und ihre Protagonisten stammten zum Teil, wie John selbst, aus dem Widerstand gegen Hitler. Zu ihnen gehörte Rainer Hildebrandt, Gründer der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU). Hildebrandt stammte aus dem Kreis um Albrecht Haushofer und war mehrfach vor 1945 inhaftiert gewesen. Hildebrandt schrieb im August 1954 im „Tagespiegel“ unter der Überschrift „John war nur der Anfang“, man würde aus dem Fall nicht die richtigen Lehren ziehen, wenn man nur einzelne Dienststellen zu Sündenböcken stempelte.¹⁶⁸ Das Problem liege woanders, in der andauernden Taktik der Kommunisten, „die führenden Köpfe des antikommunistischen Widerstandes in ihr Lager zu zwingen oder sie im Westen durch den Westen zu liquidieren“. Der Präsident des Verfassungsschutzes sei auf diese Weise schon beseitigt worden.

7. Fraktionsübergreifend waren die Gegner der Westbindungspolitik Adenauers, die Johns offensive Kritik an der EVG-Planung zum Anlaß nahmen, die Schäden einer einseitigen Bindung für die Wiedervereinigung zu thematisieren. Kernargument war, daß die Westbindung die Aufgabe des im Grundgesetz verankerten Wiedervereinigungsgebots sei. Zu dieser parteiübergreifenden Fraktion zählten Sozialdemokraten wie Herbert Wehner, Liberale wie Thomas Dehler und Konservative wie Paul Sethe und Karl Silex.¹⁶⁹

8. Zum Teil eng mit dieser Fraktion verwandt waren die Kritiker der Restaurationspolitik Adenauers, dessen Kurs nach dieser Lesart eben auch die Weiterbeschäftigung von eindeutig belasteten Nationalsozialisten beinhaltete. Es wurde bereits auf die Artikel Sefton Delmers zu diesem Thema hingewiesen. Dezidiert hatte sich dazu im Zusammenhang mit der John-Affäre auch Eugen Kogon geäußert, ehemaliger Häftling in Buchenwald, Verfasser einer Studie über den SS-Staat und Mitherausgeber der seit ihrer Gründung 1946 als moralische Institution geltenden „Frankfurter Hefte“. Im September 1954 gab Kogon eben darin noch einmal seiner Abneigung gegen die „stille, allmähliche, schleichende, unaufhaltsame Wiederkehr der Gestrigen“ Ausdruck, die anscheinend das Schicksal der Bundesrepublik sei.¹⁷⁰ Der Übertritt Johns, so

167 Ebd., S. 625 (Bl. 223). Folgende Wiedergabe ebd.

168 Folgende Wiedergaben nach Der Tagesspiegel, 8.8.1954; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

169 Vgl. Boveri, Verrat, Bd. 2, S. 127.

170 Eugen Kogon, Beinahe mit dem Rücken zur Wand, in: Frankfurter Hefte, 9. Jg., H. 9. September 1954, S. 641-645; hier: S. 641. Folgende Wiedergaben ebd.

Kogon, habe „den geregelten Ablauf der weiteren Restauration tatsächlich ein wenig gestört. Die berühmte Vertrauenskrise ist eingetreten.“ Er befürchte aber, sie werde nicht heilsam sein.

9. Die John-Affäre gab im übrigen auch jenen Kräften neue Argumente, die sich als antikommunistische Exilregierungen osteuropäischer Länder im Westen aufhielten. So waren für die exilpolnische Bewegung mit ihrem Hauptsitz in London weniger der Übertritt Johns in die DDR als vielmehr seine Aussagen über das Wiedererwachen des Nationalsozialismus in Westdeutschland der entscheidende Faktor. Hintergrund war die Befürchtung der polnischen Emigration um Mikolajczyk in London, daß es möglicherweise zu einem westdeutsch-westalliierten Ausgleich mit Befürwortung der Rückgabe ostdeutscher Gebiete jenseits der Oder-Neiße geben könne. „Johns Schritt“, so die Wochenzeitung „Orzel Bialy“ vom 7.8.1954, „soll eine Warnung sein vor dem kritiklosen und einseitigen Abstützen der Sicherheit Westeuropas auf Deutschland, das sich im Endspiel gegen Rußland genau so als ein unsicherer Partner erweisen kann, wie es sich in der Epoche Napoleons und später bereits gezeigt hatte [...]“.¹⁷¹

10. Neben allen diesen genannten Fraktionen, die sich zum Fall John äußerten, gesellte sich noch eine weitere Gruppe, die man als persönliche Gegner Johns bezeichnen kann. Isoliert kann man auch die persönlichen Angriffe nicht betrachten, ebenso wie bei allen anderen hier idealtypisch genannten Fraktionen gingen sie häufig mit anderen hier genannten politischen Vorbehalten Hand in Hand. Bei den persönlichen Angriffen spielte Johns angebliche Homosexualität und sein angeblicher Alkoholismus eine herausgehobene Rolle. Auch das „Verrat-Motiv“, gemischt mit dem „Emigranten-Motiv“ war hier häufig vertreten. In der Bundestagsdebatte 1954 wies zum Beispiel Kiesinger für die CDU auf diese Zusammenhänge hin.¹⁷² „Viele Menschen in unserem Volk“, so Kiesinger „hatten überhaupt nicht gewußt, daß es so etwas wie den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutzes gibt. Viele hatten nicht gewußt, daß es einen Herrn John gibt. Es sind nicht alles Parlamentarier und sind nicht alles Leute, die irgendwann einmal durch das Eingreifen des Bundesamtes betroffen worden waren. Nun erfuhren sie, daß dieser Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz ein ehemaliger Emigrant war. Sie erfuhren dazu, daß er [...] während des Krieges [...] im englischen Geheimdienst beschäftigt gewesen sei. Sie erfuhren weiter, daß derselbe Herr John in den Jahren nach 1945 hier in Deutschland eine höchst eigentümliche Rolle gespielt habe, daß er nämlich in gewissen Prozessen in Nürnberg und in Hamburg, im Krupp-Prozeß und im Manstein-Prozeß, als Zeuge der alliierten Anklagebehörde gegen die deutschen Angeklagten aufgetreten sei. Es kam dazu, daß man hörte, dieser Herr sei überdies ein Trunkenbold und ein Homosexueller und im gan-

171 Die polnische Exilpresse, 1. August-Hälfte 1954, 16.8.1954, S. 5; AA-PA, Abt. 3/Mappe 657, o. Pag.

172 42. Sitzung, 16.9.1954, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte Band 21, Bonn 1954, S. 1941-2005; hier: S. 1960 f.

zen eine ungemein zweifelhafte und problematische Persönlichkeit. [...] Da gab es natürlich Leute, die sagten: Wie kann man nur einen Mann des 20. Juli auf einen solchen Posten stellen! Ich brauche nicht zu versichern, wie sehr ich diesen Menschen unrecht gebe. Ich neige mich in Respekt vor den Männern des 20. Juli [...].¹⁷³ Insgesamt, so Kiesinger, sei der Fall John deswegen so bedauerlich, weil es nicht früher gelungen sei, die zweifelhafte Persönlichkeit des Herrn John aufzudecken.

Die zwischen Juli 1954 und Dezember 1955 stattfindende öffentliche Debatte um den Fall John, obwohl sie zu Teilen völlig losgelöst von seiner Person stattfand, bestimmte dann das Klima, in dem der John-Prozeß 1956 begann.

9. Rückkehr in die Bundesrepublik 1955 und Prozeß 1956

Nach Johns eigenen Auskünften hatte er von Beginn an seine Flucht aus der DDR niemals aus den Augen verloren. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß John während seines Aufenthaltes in der DDR relativ rasch merkte, daß er mit seiner Entscheidung einen Fehler begangen hatte. Wirklichen politischen Einfluß hatte er nicht; seine selbstgestellte Aufgabe, auf die Wiedervereinigung hinzuwirken, war früh gescheitert. Die Ausfälle Johns zum Beispiel gegen den vorher in Wehrmachtsdiensten tätigen Vopo-General Vincenz Müller, die kindisch-provokante Attitüde, in der Öffentlichkeit amerikanische Schlager zu singen¹⁷⁴, die vom MfS säuerlich vermerkten abendlichen Touren durch Ost-Berliner Gaststätten, machen eigentlich nur eines deutlich: Otto John fühlte sich in der DDR relativ rasch nicht mehr wohl, seine Hilflosigkeit äußerte sich in einer ganzen Reihe von Aktionen, die bewußt gegen die politischen und gesellschaftlichen Regeln verstießen. Möglicherweise hat John auch auf die Ausweisung spekuliert. Eine ganze Reihe von Indizien sprechen dafür, daß John die Entscheidung zur Rückkehr tatsächlich früh fällte, was auch mit seiner später wiederholt geäußerten und glaubhaften Darstellung übereinstimmt, er habe ständig an Flucht gedacht, diese Gedanken aber aus begreiflichen Gründen niemals offen äußern dürfen. In dieser schizophrenen Situation fiel wahrscheinlich auch der angesprochene Satz gegenüber Carl Wittig in Weimar, der später als Hauptbelastungszeuge im Westen gegen John auftrat.

Die Flucht Johns am 12.12.1955, deren Einzelheiten von verschiedenen Seiten überliefert sind, folgte einem fingierten Besuch Johns in der Ost-Berliner Universität, von der ihn der dänische Journalist Henrik Bonde-Henriksen abholte und unbehelligt über die Sektorengrenze nach West-Berlin und von dort aus

173 Ebd., S. 1964.

174 Donau-Kurier, 2.2.1955; SAPMO, B-Arch., Ordner.: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

über Köln nach Bonn brachte.¹⁷⁵ Der Haftbefehl gegen John wurde allerdings erst zehn Tage nach seiner Flucht im Bundeskriminalamt Wiesbaden vollstreckt. Ob es überhaupt eine Flucht war, ist zum Beispiel vom damaligen Abteilungsleiter des „Deutschen Instituts für Zeitgeschichte“, der Arbeitsstelle Johns in Ost-Berlin, Horst Hermann, angezweifelt worden, nach dessen Auskunft John mögliche frühere Fluchtchancen über die Sektorengrenze nicht nutzte.¹⁷⁶ Demgegenüber hat Bonde-Hendriksen auch in späteren Aussagen immer wieder darauf verwiesen, daß es ausdrücklich eine Flucht gewesen sei, die sogar von westlicher Seite mittels Scharfschützen abgesichert werden mußte.

Was folgte, war die Anklage gegen John, die ausdrücklich den Begriff des landesverräterischen Beziehungen aufnahm (§ 100 StGB). John habe den Abschluß geheimer Zusatzabreden zum EVG-Vertrag durch die Bundesregierung behauptet. Diese Behauptung sei jedoch nur insofern richtig, als eine Vereinbarung über nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit den Alliierten vorbereitet worden sei. Die Tatsache aber, daß dies den Sowjets mitgeteilt worden sei, stelle den Verrat eines Staatsgeheimnis dar.¹⁷⁷ Hintergrund dieser Anklage war, daß die Strafrechtsreform des Jahres 1951 neben den vorsätzlichen und fahrlässigen Landesverrat, die beide die tatsächliche Übermittlung von Nachrichten ahnden sollten, als neuen Tatbestand die landesverräterischen Beziehungen gestellt hatte. Danach konnte auch jeder bestraft werden, der „unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet“, in der Absicht, Maßnahmen oder Bestrebungen einer Regierung oder Partei jenseits der bundesrepublikanischen Grenzen zu fördern, die darauf gerichtet sind, den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik zu beeinträchtigen.

Andere Gegner Johns, vor allem jene, die ihm seine Beteiligung am 20. Juli 1944 und seine Arbeit beim britischen Soldatensender Calais als „Verrat“ anrechneten, schlossen sich an. Nach einer Meldung der Zeitung „Der Tag“ vom 5.1.1956 ging bei der Bonner Staatsanwaltschaft auch „eine Anzeige gegen John wegen vielfachen Totschlags in mittelbarer Täterschaft ein. John soll nach seiner Flucht nach England im Juli 1944 dort den Standort der deutschen Raketenversuchsanlage in Peenemünde verraten haben. Dieser 'Landesverrat' habe unmittelbar die Luftbombardements auf Peenemünde ausgelöst, denen Hunderte von Menschen zum Opfer gefallen sind.“¹⁷⁸ Diese Anzeige, die dann zuständigkeitshalber nach Karlsruhe weitergeleitet wurde, macht klar, daß man auch versuchte, ganz andere Rechnungen mit John zu begleichen. Insofern war der von John später immer wieder erhobene Vorwurf, sein Prozeß sei auch ei-

175 Aus MfS-Sicht: Auskunftsbericht, HA XX, 2.11.1967, S. 28; BStU MfS 11263/56, Bl. 33. Aus westlicher Sicht: Der Spiegel, 21.12.1955, S. 9 ff. Dazu auch: John: Zweimal kam ich heim, S. 329 f.

176 Vgl. Focus, 30.12.1996, S. 34.

177 Vgl. Die Welt, 9.10.56. Folgende Wiedergaben nach ebd.; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

178 Der Tag, 5.1.1956; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

ne Abrechnung mit dem Widerstand gegen das Dritte Reich gewesen, nicht ganz unberechtigt.

Das Urteil gegen John, das am 22.12.1956, ein Jahr nach der Festnahme Johns erging, lautete: „Der Angeklagte wird wegen landesverräterischer Fälschung (§ 100 a Abs. 2 StGB) in Tateinheit mit landesverräterischer Konspiration im Sinne des § 100 d Abs. 2 und 3 StGB im besonders schweren Falle zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.“¹⁷⁹ In der Begründung wurde ausdrücklich Johns Tätigkeit für die alliierte Anklage zum Beispiel während des Manstein-Prozesses 1949 erwähnt; auch dies zweifellos ein Hinweis auf die Atmosphäre in dem der Prozeß stattfand. Ebenso stellte die Begründung jedoch fest, daß ein Beleg für eine Tätigkeit Johns für die kommunistische Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ keine Anhaltspunkte gefunden worden seien.

Die Urteilsbegründung stellte zudem heraus, daß es erwiesen sei, daß John am 20.7.1954 nach Ost-Berlin gefahren sei, dort die Möglichkeit zu Gesprächen vorgefunden und daraufhin beschlossen habe, dort zu bleiben, um sich politisch zu betätigen. Die „landesverräterische Konspiration“ nach § 100 d Abs. 2 und 3 war nach Auffassung des Gerichtes durch die „umfangreiche propagandistische Tätigkeit“ Johns, durch seine Aussagen zu EVG-„Geheimabkommen“, den „Hegemoniebestrebungen deutscher Generäle“ und zu den angeblichen Ermittlungen Adenauers gegen Jakob Kaiser gegeben.¹⁸⁰ Landesverrat nach § 100 Abs. 1 StGB war nach Auffassung des Gerichtes ausdrücklich nicht begangen worden.

Teilweise unterstrich die Urteilsbegründung die von John beklagte Abrechnungsmentalität seiner Ankläger und Richter. Auch ansonsten wurde die Ablehnung Johns spürbar. Der Generalbundesanwalt Max Güde hatte damals John „eine unwahrscheinlich kleine Figur von flacher Wesensart, einen Menschen von puerilem Geltungsbedürfnis“ genannt, „der kein Verräter, aber ein Schwächling sei“. Senatspräsident Geier bezeichnete ihn damals als einen „Menschen, der weniger Mut gezeigt habe als ein Feuerwehrmann.“¹⁸¹

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auch dieses Urteil eine erneute Debatte auslöste, die in Teilen der von 1954 nicht nachstand. Für besondere

179 Urteil des 3. BGH-Strafsenats gegen John, 22.12.1956; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 13, Bl. 106-212; hier: Bl. 106.

180 Ebd., Bl. 181 ff. Direkte Wiedergaben ebd., Bl. 181 u. 192. Der „landesverräterischen Konspiration“ nach § 100 Abs. 2 StGB machte sich schuldig, „wenn jemand zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Strafgesetzbuches in der Fassung des 1. Strafänderungsgesetzes oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält in der Absicht, Bestrebungen dieser Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung zu fördern, die darauf gerichtet sind, einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben.“ (Ebd., Bl. 185) Der Tatbestand gemäß Abs. 2 war durch Aufstellung und Verbreitung von „unwahre[n] oder gröblich entstellte[n] Behauptungen tatsächlicher Art“ in der Absicht, einen der in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben. (Ebd., Bl. 192)

181 Zitate nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.1966; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

Aufregung sorgte der Passus in der Urteilsbegründung, der sich mit dem Geheimnisverrat Johns befaßte. Der SPD-Politiker und Jurist Adolf Arndt, der sich bereits ausführlich an der John-Debatte beteiligt hatte, war geradezu erbittert über das Urteil, vor allem da nach seiner Auffassung die im Urteil genannte Begründung den Sinn des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 auf den Kopf stellte. Arndt stellte seine Einwände nicht nur im Rechtsausschuß des Bundestages vor, sondern teilte sie auch Generalbundesanwalt Güde mit.¹⁸²

Nach Johns Einschätzung war das Urteil gegen ihn ein Racheakt von NS-Richtern gegen den Widerständler John. Immer wieder erwähnte er in seinen Memoiren, daß das Urteil von Anfang an festgestanden habe und der Untersuchungsrichter Kurt Weber ein ehemaliger Militärrichter gewesen sei, der voreingenommen die Untersuchung geleitet habe.¹⁸³ Diese Grundeinstellung bestimmte auch die nächsten vierzig Jahre folgenden Revisionsbemühungen Johns.

10. Die öffentlichen Bemühungen Otto Johns nach 1956 um Revision seines Verfahrens

Otto John wurde am 27.7.1958, nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe von Bundespräsident Heuß begnadigt und aus der Haftanstalt in Münster entlassen. Später wurde ihm von Heuß ein Unterhalt „im Gnadenwege“ zugesprochen, der offiziell nicht begründet wurde und sich allein auf die finanzielle Bedürftigkeit Johns stützte.¹⁸⁴ Unmittelbar danach begann John um seine Rehabilitierung zu kämpfen. „[...] Ich will nicht 'als Verräter' sterben und will mit allen Kräften meine Rehabilitierung betreiben“, lautete der letzte Satz aus Otto John 1969 erschienenen „Memoiren“.¹⁸⁵ 1964 wurde der erste Wiederaufnahmeantrag Johns vom Bundesgerichtshof abgelehnt. 1966 erklärte aber der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes seinen Antrag für zulässig. Beide Anträge Johns stützten sich auf die Behauptung, der Zeuge Wittig habe abgestritten, daß er Doppelagent gewesen sei. Als Wittig 1969 aus der Haft in Bautzen freigekauft worden war, strengte John einen Meineidsprozeß gegen ihn an, der 1971 in Frankfurt stattfand. „Die Welt“ faßte damals zusammen: „Die Frankfurter Verhandlung artete zu einer Tragikomödie aus: Der Haß der beiden alten Männer trübt ihre Erinnerungen.“¹⁸⁶ Der Prozeß sei ein Austausch von Peinlichkeiten, in dem nichts Konkretes zu Tage gefördert werde.

182 Zur Kritik Arndts Dieter Gosewinkel: Adolf Arndt, Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945-1961), Bonn 1991, S. 396 f.

183 Vgl. John, Zweimal kam ich heim, S. 331 ff.

184 Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach John dann in den achtziger Jahren einen Pensionsanspruch zu.

185 John, Zweimal kam ich heim, S. 356.

186 Die Welt, 9.6.1971; SAPMO, B-Arch., Ordner: Prozeß: Otto John, Ost- und Westpresse, o. Pag.

1969 brachte John dann mit seinen erwähnten Memoiren eine neue Erklärung für die Hintergründe des Falles an die Öffentlichkeit. Seine Entführung, so John, sei das Ergebnis einer großangelegten und in ihren Hintergründen bereits in die Zeit des Zweiten Weltkrieges zurückgehenden Verschwörung, in die vor allem der seit 1933 in sowjetischen Diensten stehende britische Agent Kim Philby verwickelt gewesen sei. Philby selbst war im Oktober 1968, fünf Jahre nach seiner Flucht in die UdSSR, mit seinen Memoiren an die Öffentlichkeit getreten.¹⁸⁷ Philby, so John, habe damals von den Sowjets den Auftrag erhalten, die Friedensfühler des deutschen Widerstandes gegenüber den Westmächten zu boykottieren, um eine Allianz dieser zu verhindern. Als er selbst 1952 in die Gefahr geriet, von britischer Seite enttarnt zu werden, und auch die sowjetischen Stellen sich höchst unsicher über die Frage gewesen seien, ob er ein Doppelagent sei, habe das KGB sich entschlossen, ihn, John, mittels Wohlgemuths zu entführen, um ihn über Philby auszufragen. Nur deswegen habe sich damals das KGB in den Verhören auf Aussagen über den britischen Geheimdienst „konzentriert“, aber er habe damals den Namen Philby nicht erwähnt, weil er nichts über ihn zu sagen gewußt habe.

Johns Einlassungen über die Verquickung seines Falles mit der Affäre Philby sind schwer zu überprüfen, vor allem da sie auf den subjektiven Aussagen Johns beruhen. Zudem spricht ein ganz wichtiges Indiz gegen seine Darstellung. Der KGB, so wie es sich aus den Unterlagen des MfS ergibt, „konzentrierte“ sich keinesfalls nur auf den britischen Geheimdienst, sondern fragte John selbstverständlich zu allen Gebieten aus. Johns Begleiter oder Entführer, der Frauenarzt Wohlgemuth, ist nicht mehr zu befragen. Er nahm sich 1978 das Leben. Der letzte und fünfte Wiederaufnahmeantrag wurde, wie bereits erwähnt 1995 mit Hinweis auf ungenügendes neues Beweismaterial abgelehnt. Im Dezember hatte das höchste deutsche Gericht das Urteil von 1956 noch einmal bestätigt.¹⁸⁸

11. Otto John – Ein Fazit

Der „Fall John“ ist immer wieder mit anderen Fällen verglichen worden. Die Anhänger der Entführungsthese haben dabei zum Beispiel auf den Fall Linse hingewiesen. Walter Linse war führender Mitarbeiter des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“ (UfJ), der im Juli 1952 in der Nähe seiner Wohnung in Berlin-Lichterfelde zusammengeschlagen und in ein Auto gezogen wurde, um dann über die Grenze verschleppt zu werden. Linse war genauso wie andere Mitarbeiter antikommunistischer Organisationen in der DDR zum Feindobjekt avanciert. Viele andere Entführungen, zum Beispiel die des Journalisten Karl Wilhelm Fricke oder des geflüchteten ehemaligen Generalinspektors der Volkspolizei, Robert Bialek, wurden in den fünfziger Jahren bekannt.

¹⁸⁷ Kim Philby, *My Silent War*, New York 1968.

¹⁸⁸ Vgl. Bailey u. a., *Die unsichtbare Front*, S. 255.

Insgesamt ist es jedoch unwahrscheinlich, daß John entführt wurde. Die vor-handenen Quellen und mehrheitliche Meinung in der Literatur verweisen darauf, daß John wohl überzeugt von einer gesamtdeutschen Mission, frustriert von der Behandlung, die Widerstandskämpfern und Emigranten in der Bundesrepublik zukam, frustriert auch vom schnellen Aufstieg alter Nationalsozialisten wie Globke und frustriert von der strikten Westbindungspolitik Adenauers, sich auf der Jahresfeier zum 20. Juli – möglicherweise spontan – mit seinem alten Bekannten Wolfgang Wohlgemuth auf den Weg nach Ost-Berlin machte. Der Parallelfall zum Fall John heißt insofern nicht Linse oder Fricke, sondern wohl eher Rudolf Heß, der sich am 10.5.1941 zu Geheimverhandlungen mit Churchill auf den Weg nach England machte. Diese Parallele wurde 1955 bereits von der britischen „Daily Mail“ gezogen.¹⁸⁹

Die Übereinstimmungen sind bei näherem Hinsehen frappierend. Heß war Stellvertreter des Führers und galt seit den frühen Tagen der NSDAP als überzeugter Nationalsozialist und unbeirrbarer Anhänger Hitlers. Sein Englandflug fand wahrscheinlich in Eigenregie statt. Auch Heß hatte sich damals einen Jahrestag ausgesucht. Am 10.5.1941 lag der Beginn des deutschen Westfeldzuges, der die Briten vom Kontinent getrieben hatte, genau ein Jahr zurück. Der Flug hatte das Ziel, einen Friedensvertrag mit Großbritannien zu schließen, und es ist unbezweifelbar, daß Heß von seiner Mission überzeugt war. Die Engländer verhandelten jedoch nicht mit ihm, sondern nutzten den Fall propagandistisch. Während des Nürnberger Prozesses wurde Heß psychiatrisch untersucht, dabei wurde festgestellt, daß er nicht im medizinischen Sinn geisteskrank, wohl aber ein Hysteriker und Psychopath sei, dem es schwerfiel, zwischen Wirklichkeit und Einbildung zu unterscheiden.

Auf den ersten Blick erscheint dieser Vergleich zwar fast wie ein Sakrileg, den überzeugten Widerständler gegen den Nationalsozialismus und Teilnehmer der Verschwörung vom 20. Juli 1944 mit dem überzeugten Nationalsozialisten Heß zu vergleichen. Jedoch gibt es keine anderen Fälle, die so nah inhaltlich wie formal zusammenliegen. Es steht mit großer Wahrscheinlichkeit fest, daß John ein politischer Überzeugungs-„Täter“ war. Der auch als Zeuge im John-Prozeß aufgetretenen Ministerialdirektor Hans Egidi, zuständig für die Abteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium, beschrieb John bezeichnenderweise als einen Menschen mit einem „Schuß von Romantik“.¹⁹⁰ Selbst das Urteil von 1956 bescheinigte John Loyalität bis zum Tag seines Übertritts.¹⁹¹ John trieb einerseits aufgrund seiner Erfahrungen mit dem Dritten Reich eine echte Sorge um die Zukunft der Demokratie, die er durch die Wiedereinstellung von Nationalsozialisten gefährdet sah. Andererseits sah er die Wiedervereinigung Deutschlands durch den strikten Westbindungskurs,

189 Auszugsweise Übersetzung des Artikels mit dem Titel „Hat Otto John einen 'Hess' abgegeben“ vom 14.12.1955, S. 1 f. in den Unterlagen des MfS; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 6, Bl. 155 f. Ebenso 1956 Boveri, Verrat, Bd. 2, S. 129.

190 Urteil des 3. BGH-Strafsenats gegen John, 22.12.1956; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 13, Bl. 106-212; hier: Bl. 110.

191 Vgl. ebd., Bl. 113.

der für ihn vor allem die Forcierung der Einbindung Deutschlands in die EVG und die ungeprüfte Ablehnung der sogenannten „Stalin-Noten“ 1952 gekennzeichnet war, gefährdet. Von dieser tiefen Überzeugung bis zum Entschluß, im Anschluß an die Feier zum Jahrestag des 20.-Juli-Attentates mit Hilfe seines Bekannten Wolfgang Wohlgemuth nach Ost-Berlin einzureisen, war es nur noch ein kleiner Schritt, der jedoch wie im Parallelfall von einer schier ungläublichen politischen Naivität gekennzeichnet war, da John sich als BfV-Chef eigentlich hätte bewußt sein müssen, daß sich in der Hoch-Zeit des Kalten Krieges kaum eine der beiden Seiten die Chance entgehen lassen würde, den Geheimdienst-Chef der Gegenseite als Überläufer zu präsentieren. Doch auch John war sich natürlich der festgefahrenen Fronten 1954 bewußt, und es spricht viel dafür, daß gerade dies wahrscheinlich der Impuls war, Geheimgespräche zu suchen¹⁹², zumal er als Unterhändler der Verschwörer Erfahrung damit hatte. Insofern ist anzunehmen, daß ihm in der jetzigen Situation wie damals nichtoffizielle Gespräche als die einzig machbare Form der Kontaktaufnahme erschienen. Zweifellos jedoch spricht dieser Entschluß für eine extrem eingeschränkte Wahrnehmung der Wirklichkeit. John war nicht mehr wie während des Krieges ein „Wanderer zwischen zwei Welten“, einerseits offizieller Repräsentant des NS-Staates in der staatlichen Fluglinie, andererseits Verbindungsmann zwischen Verschwörern und Ausland, um Friedensbedingungen auszuloten, sondern als Geheimdienstchef offizieller Repräsentant der Bundesrepublik, die sich eben in einem „Kalten Krieg“ mit dem anderen Teil Deutschlands befand.

Daß Otto John seine Situation im Laufe seines Aufenthaltes in der DDR sukzessive immer mehr realisierte, ist vor allem an seinem Verhalten zu beobachten. Seine Ausfälle gegen offizielle Repräsentanten der DDR, sein fast kindisches Protestverhalten in der Öffentlichkeit, das sich zum Beispiel im Absingen amerikanischer Schlager manifestierte, sprechen dafür, daß er seine selbstgestellte „Mission“ früh – wahrscheinlich Ende 1954 – gescheitert sah. In den Mittelpunkt rückte für ihn jetzt der Wunsch nach Rückkehr in den Westen, vor allem aber seine politische Rehabilitation durch die öffentliche Darstellung seiner Gründe. Dieser Vorgang setzt noch während des Aufenthaltes in der DDR ein. Zahlreiche Briefe an Personen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik insbesondere an jene, die er für seine Verbündeten hielt, wie zum Beispiel Jakob Kaiser, Erich Ollenauer oder Fritz Heine, zeugen von diesem Bemühen, das letztendlich nicht von Erfolg gekrönt war. Das Urteil des Bundesgerichtshofes war nur noch die offizielle Niederlage eines zuvor bereits gesprochenen Urteils in der öffentlichen Meinung. Die gesamte „politisch-kulturelle Debatte“ um den Fall John war bereits unmittelbar nach seinem Übertritt in die DDR nicht nur politisch polarisiert worden, sondern – für die Wahrheitsfindung im Fall John besonders negativ – politisch instrumentalisiert worden.

192 Diesen Schluß legen auch die in der BGH-Urteilsbegründung vom 22.12.1954 zitierten Briefe Johns an seine Frau nahe. Vgl. Urteil des 3. BGH-Strafsenats gegen John, 22.12.1956; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 13, Bl. 106-212; hier: Bl. 168 ff.

In dieser Debatte spielten die möglicherweise höchst ehrenwerten Intentionen und Ideale Johns so gut wie keine Rolle mehr.

Warum Otto John sich fast vierzig Jahre nach dem Urteil gegen ihn um eine Rehabilitation bemühte, ist aus diesen Umständen ableitbar. Er sah sich und seine ehrenwerten politischen Motive nicht genügend berücksichtigt, wobei ein gewisser Realitätsverlust wiederum typisch war. John hat zweifellos irgendwann selbst an seine Entführung unter Betäubung geglaubt, zumal das KGB ihn allem Anschein nach tatsächlich mit Tabletten ruhigstellte. Die Verschiebung der zeitlichen Zusammenhänge ging dabei einher mit einer Neukonstruktion der Realität, wie sie auch im Fall Heß 1941 zu beobachten gewesen war. John fühlte sich mißverstanden, politisch von seinen Gegnern aus dem Dritten Reich in Gestalt seiner Richter vor dem Bundesgerichtshof verfolgt. Daß er schließlich zutiefst von seiner Unschuld überzeugt war, davon zeugt nicht zuletzt die Vehemenz, mit der er einen der Kronzeugen der Anklage, Carl Wittig, nach dessen Freikauf aus der DDR gerichtlich verfolgte, sowie sein überzeugendes Auftreten in seinen Interviews. Er wolle nicht als Verräter sterben, hat John mehr als einmal betont. In seinen eigenen Augen war er niemals ein Verräter, sondern ein Patriot, der seine politische Motivation und Überzeugung aus seiner Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und dem Widerstand zog. „Als ich am 20. Juli in den Ostsektor ging“, hatte er Weihnachten 1954 in dem bereits erwähnten Brief an Fritz Heine geschrieben, „war entscheidend für mich dabei die Erinnerung an meine letzte Aussprache mit Julius Leber vor dem 20. Juli 1944. [...] Es war für ihn selbstverständlich, daß nach der Beseitigung Hitlers eine 'Entnazifizierung' durchgeführt werden mußte. Es war für ihn aber auch ebenso selbstverständlich, die Kommunisten in einen Wiederaufbau eines neuen Deutschland mit einzubeziehen. [...] Und das war auch die Auffassung von Stauffenberg. Es ist eine erschütternde Tragödie, daß Leber bei dem Versuch, einen gemeinsamen Standpunkt mit den Kommunisten zu finden, einem Nazispitzel aufgelaufen ist. Aber die politische Absicht, die er damit verfolgte, war richtig. Und ich halte sie auch heute noch für richtig. Deshalb bin ich ja schließlich in die DDR gegangen.“¹⁹³ Deutlicher konnte man es eigentlich nicht sagen.

Literatur

- George Bailey, Sergej A. Kondraschow, David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997
- Waldemar Besson: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970
- Günther Bohnsack, Herbert Bremer: Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992
- Margret Boveri: Der Verrat im XX. Jahrhundert. Für und gegen die Nation. Bd. II, Das unsichtbare Geschehen, Hamburg 1956

193 John an Heine, Weihnachten 1954; BStU, MfS AP 11263/56, Bd. 2, Bl. 97 f.

- Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November – 1. Oktober 1946, Bd. 34, Nürnberg 1948
- Rudolf Diels: Der Fall Otto John. Hintergründe und Lehren, Göttingen 1954
- Hans Frederick: Das Ende einer Legende. Die abenteuerlichen Erlebnisse des Towarisch Alexander Busch. Eine Dokumentation über die politische Provokation, in deren Mittelpunkt nicht nur Otto John, sondern vor allem Staatssekretäre, Politiker, Geheimdienste und Journalisten stehen, München 1971
- Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996
- Willi Frischauer: The Man who came back. The Story of Otto John, London 1958
- Reinhard Gehlen: Der Dienst. Erinnerungen 1942 – 1971, Stuttgart 1971
- Gerald Gohier: L'espion aux scrupules, Paris 1958
- Louis Hagen: Der heimliche Krieg auf deutschem Boden, Düsseldorf 1969
- Ludolf Herbst: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zu deutsch-französischen Vertrag, München 1989
- Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München, Zürich 1985⁴
- Otto John: Falsch und zu spät. Der 20. Juli 1944. Epilog, Frankfurt a. M., Berlin 1989
- Otto John: Ich wählte Deutschland. Ausschuß für Deutsche Einheit, o. O. o. J. [Berlin (O) 1954]
- Otto John: Zweimal kam ich heim. Vom Verschwörer zum Schützer der Verfassung, Düsseldorf 1969
- Christoph Kleßmann, Bernd Stöver: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band V, 2, Baden-Baden 1995, S. 1612-1635.
- Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1961, Bonn 1991⁵
- Erich Kosthorst: Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949-1947, Stuttgart, Berlin/Köln/Mainz 1985
- Georg Meyer: Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945-1950/1, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 1, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München, Wien 1981, S. 578-735
- Paul Noack, Paul Sethe: Publizistische Opposition gegen Adenauer, In: Joseph Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 235-249
- Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985²
- Kim Philby: My Silent War, New York 1968
- Norbert F. Pötzl: Basar der Spione, Die geheimen Missionen des DDR-Unterhändlers Wolfgang Vogel, Hamburg 1997
- Christian Schneider: Denkmal Manstein. Psychogramm eines Befehlshabers, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1997⁸, S. 402-417.
- Klaus von Schubert (Hrsg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 1945 – 1977, 2 Teile, Bonn 1977
- Hans-Peter Schwarz: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart, Zürich 1982
- Kurt Sontheimer: Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991

- Rolf Steininger: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Quellen, Bonn 1986
- Richard Stöss: Parteienhandbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986
- Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft und Militär, Kunst und Wissenschaft, Frankfurt a. M. 1987
- Wiggershaus, Norbert: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München, Wien 1982, S. 325-402
- Hermann Zolling, Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971

Zusammenfassung

Der Fall Otto John ist ohne die biographische Vorgeschichte des Protagonisten, aber auch ohne das politische Umfeld der Wiedervereinigungs- und Westbindungsdebatte nicht verstehbar. Es steht mit großer Wahrscheinlichkeit fest, daß John ein politischer Überzeugungs-“Täter“ war, der fest von seiner Mission überzeugt war, als geheimer Unterhändler die festgefahrenen Fronten des Kalten Krieges zu lösen und die Wiedervereinigung herbeizuführen. Selbst das Urteil von 1956 bescheinigte John Loyalität bis zum Tag seines Übertritts. John trieb einerseits aufgrund seiner Erfahrungen mit dem Dritten Reich eine echte Sorge um die Zukunft der Demokratie, die er durch die Wiedereinstellung von Nationalsozialisten gefährdet sah. Andererseits sah er die Wiedervereinigung Deutschlands durch den strikten Westbindungskurs gefährdet. Von dieser tiefen Überzeugung bis zum Entschluß, im Anschluß an die Feier zum Jahrestag des 20. Juli-Attentates mit Hilfe seines Bekannten Wolfgang Wohlgemuth nach Ost-Berlin einzureisen, war es nur noch ein kleiner Schritt, der jedoch von einer schier unglaublichen politischen Naivität gekennzeichnet war. Auch hier spielte aber wahrscheinlich seine Erfahrung mit Geheimgesprächen als Unterhändler der Verschwörer von 1944 eine wichtige Rolle. Es ist anzunehmen, daß ihm in der jetzigen Situation wie damals nichtoffizielle Gespräche als die einzig machbare Form der Kontaktaufnahme erschienen. Zweifellos jedoch spricht dieser Entschluß für eine extrem eingeschränkte Wahrnehmung der Wirklichkeit.

John wurde von der DDR politisch massiv instrumentalisiert, zum eigentlichen Ziel, als Mittler zwischen Ost und West aufzutreten, ist er nie gekommen. Nach Aussagen für das MfS und das KGB, die auch Interna und Geheiminformationen enthielten, und vieler öffentlicher Auftritte war John spätestens Mitte 1955 politisch kaltgestellt. Daß John seine Situation im Laufe seines Aufenthaltes in der DDR immer mehr realisierte, ist vor allem an seinem Verhalten zu beobachten. Seine Ausfälle gegen offizielle Repräsentanten der DDR, sein fast kindisches Protestverhalten in der Öffentlichkeit, das sich zum

Beispiel im Absingen amerikanischer Schlager manifestierte, sprechen dafür, daß er seine selbstgestellte „Mission“ wohl bereits Ende 1954 gescheitert sah. In den Mittelpunkt rückte für ihn jetzt die Rückkehr in den Westen, vor allem aber seine politische Rehabilitation durch die öffentliche Darstellung seiner Gründe. Dieser Vorgang setzt noch während des Aufenthaltes in der DDR ein; zahlreiche Briefe an Personen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik insbesondere jener, die er für seine Verbündeten hielt, bezeugen dies. Das Urteil des Bundesgerichtshofes 1956, vier Jahre Haft, war allerdings nur noch die offizielle Niederlage eines zuvor bereits gesprochenen Urteils in der öffentlichen Meinung.

Die gesamte „politisch-kulturelle Debatte“ um den Fall John war bereits unmittelbar nach seinem Übertritt in die DDR nicht nur politisch polarisiert, sondern – für die Wahrheitsfindung im Fall John besonders negativ – politisch instrumentalisiert worden. In dieser Debatte spielten die möglicherweise höchst ehrenwerten Intentionen und Ideale Johns so gut wie keine Rolle mehr. Während im Osten der Übertritt Johns ohne Einschränkungen als Sieg gefeiert wurde, war im Westen die Diskussion wesentlich differenzierter. Sie läßt sich in zehn unterschiedliche Positionen unterscheiden, wobei die einzelnen Fraktionen und ihre Argumente auch ineinander übergangen: (1) Die Position der Bundesregierung, die sich in Schadensbegrenzung übte, um vor allem die laufende Westintegration nicht zu gefährden, gleichzeitig aber innerparteilich tief darüber gespalten war. (2) Die Position der Opposition, vor allem der SPD, die den Fall vor allem als Möglichkeit aufgriff, die „Renazifizierung“ und die undurchsichtige Arbeit der Geheimdienste in Deutschland anzuprangern. (3) Die Position der Westalliierten, die den Fall vor allem als Gefährdung der westlichen Sicherheitspolitik betrachteten. (4) Die Position der Organisation Gehlen, die den Fall als Möglichkeit zur Ausschaltung der Konkurrenz und zur Konsolidierung der eigenen Stellung betrachtete. (5) Die Position der rechtsnationalen Opposition im Lande, die den Fall als Bestätigung ihrer Kritik an der Linken, der Emigration und des NS-Widerstandes ansahen. (6) Die Position des antitotalitären Lagers, die den Fall John als Ausdruck der fortschreitenden kommunistischen Unterwanderung der Bundesrepublik verstanden. (7) Die Position der Gegner der strikten Westbindungspolitik Adenauers im engeren Sinne, die hierin die Aufgabe des im Grundgesetz verankerten Wiedervereinigungsgebots sahen. (8) Die Position der Gegner der „Restaurations“-Politik Adenauers im besonderen, die die Ausführungen Johns in der DDR zum Anlaß nahmen, erneut die Weiterbeschäftigung von ehemals aktiven Nationalsozialisten in der Bundesrepublik zu kritisieren. (9) Die Position der osteuropäischen Emigration im Westen, die die Angaben Johns zur „Renazifizierung“ und Remilitarisierung als Beginn eines westdeutsch-westalliierten Ausgleichs sah, an deren Ende die Rückgabe der ehemals deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße stehen könnte. (10) Die persönlichen Gegner Johns, ebenfalls eine fraktionsübergreifende Gruppe, die vor allem den zweimaligen „Verrat“ sowie seine angebliche Homosexualität und seinen angeblichen Alkoholismus heraus hob.